

PROTOKOLL NR. 285

über die Verhandlungen des Einwohnerrates Horw

Sitzungsdatum:	18. Mai 2006
Sitzungsort:	Saal des Pfarreizentrums
Anwesend:	28 Einwohnerräte/Einwohnerrätinnen 5 Gemeinderäte/Gemeinderätinnen Gemeindeschreiber
Entschuldigt:	Niederberger Heiri (gesundheitliche Gründe) Probst Karin (berufliche Gründe)
Vorsitz:	Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist
Dauer der Sitzung:	16.00 Uhr - 19.30 Uhr

Traktanden

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist begrüsst die Anwesenden und stellt Beschlussfähigkeit fest.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist stellt fest, dass über die dringliche Interpellation von Beat Imboden, FDP, und Mitunterzeichnende: Fernheizzentrale im Schulhaus Spitz zu befinden sei. Der Interpellant habe das Wort.

Beat Imboden erklärt, dass er die Dringlichkeit seiner Interpellation wie folgt begründe: Die Bauarbeiten im Gebiet Bodematt seien in vollem Gange. Eine Realisierung einer solchen Heizzentrale, wie wahrscheinlich in diesem Gebiet kommen werde, brauche seine Vorbereitung und eine gewisse Dimension. Die Betriebsaufgabe einer solchen Anlage müsse spätestens dann erfolgen, wenn die Überbauung bezogen werde. So wie er informiert sei, müsste die Anlage in ein bestehendes Gebäude der Gemeinde, in ein Schulhaus, eingebaut werden. Dies habe dann bei der Planung wieder zur Folge, dass es wahrscheinlich Zeiten geben werde, an denen in den Gebäuden nicht gerade Betrieb sei. Man habe eigentlich nur vor oder nach der Heizperiode Zeit oder während den Ferien. Ausserdem finde nur noch eine Einwohnerratssitzung vor den Sommerferien statt. Eine Antwort nach den Ferien sei viel zu spät. Er siehe es deshalb dringlich, dass der Einwohnerrat über die Details des geplanten Vorhabens informiert würde.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein erklärt, dass der Gemeinderat die Dringlichkeit dieser Interpellation bestreite. Nachdem der Contracting-Vertrag bereits vor einem Jahr eingegangen und vom Gemeinderat unterzeichnet worden sei. Er könne jetzt bereits als Sofortinformation sagen, dass keine Zusatzkosten für die Gemeinde entstehen werden und dass die Gemeinde eigentlich angegangen worden sei und dies keine Initiative von seitens des Gemeinderates sei. Er würde die Interpellation gerne im Detail, oder sogar schriftlich, an der nächsten Einwohnerratssitzung beantworten.

Beat Imboden erklärt, dass er an der Dringlichkeit festhalte.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist fragt den Interpellanten, ob es allenfalls möglich wäre, die Interpellation an der nächsten Sitzung zu beantworten.

Beat Imboden erklärt, dass er damit einverstanden sei.

Gegen dieses Vorhaben gibt es keine Opposition.

Die Traktandenliste sieht wie folgt aus:

1. B + A Nr. 1324 Genehmigung der Verwaltungsrechnung 2005 der Einwohnergemeinde Horw
2. Pause
anschliessend Fragestunde
3. B + A Nr. 1318 Musikschulreglement - 1. Lesung
4. B + A Nr. 1323 Bauabrechnung Sanierung Umgebung Schulhaus Spitz
5. Nr. 566/2005 Postulat Robert Odermatt, SVP, und Mitunterzeichnende: Einforderung von Perimeterbeiträgen für die ausgebaute Allmendstrasse
6. Nr. 525/2005 Interpellation Gabi Röllli, FDP, und Mitunterzeichnende: Blindenstreifen Kantonsstrasse - Gemeindehaus

Mitteilungen des Präsidenten

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist gibt bekannt, dass er den Rat an folgenden Anlässen vertreten habe:

- | | |
|-----------------|--|
| 03. März 2006: | Generalversammlung Familiengärtnerverein Horw |
| 09. März 2006: | Eröffnungsfahrt Buslinie Nr. 31 |
| 29. März 2006: | Generalversammlung Spitex Horw |
| 01. April 2006: | Luzerner Empfang, Int. Comic-Festival Luzern |
| 26. April 2006: | Generalversammlung Gewerbeverein Horw |
| 28. April 2006: | Eröffnung Luga 2006 |
| 29. April 2006: | Jodlerabend, Jodlerclub Heimelig Horw |
| 02. Mai 2006: | Generalversammlung Genossenschaft Papiermühle Horw |
| 05. Mai 2006: | 100 Jahr Jubiläum Blindenfürsorgeverein Innerschweiz |
| 12. Mai 2006: | Eröffnung Kantonsstrasse Horw |

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist teilt mit, dass die Bürgerrechtsdelegation Horw seit der letzten Sitzung 27 Personen das Bürgerrecht der Gemeinde Horw zugesprochen habe. Das seien verschiedene Nationalitäten: eine Person aus Pakistan, eine aus Spanien, eine aus Italien, drei aus Bosnien- und Herzegowina, vier aus Kroatien und siebzehn aus Serbien- und Montenegro.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist teilt weiter mit, dass er seit der letzten Sitzung 51 Personen zu hohen Geburtstagen gratulieren durfte.

Neueingänge

- | | |
|-----------------|--|
| 15. März 2006: | Postulat Robert Odermatt, SVP, und Mitunterzeichnende: Sicherung der Selbständigkeit der Gemeinde Horw durch Ausnützung von Sparpotential: Überprüfung einer Auslagerung des Steueramtes |
| 21. März 2006: | Interpellation Roger Jenni, FDP: Schneelasten auf öffentlichen Gebäuden |
| 21. März 2006: | Postulat Erhard Kälin, SVP, und Mitunterzeichnende: Ausrüstung der Gemeindefahrzeuge mit Russpartikelfiltern |
| 21. März 2006: | Postulat Beat Imboden, FDP, und Mitunterzeichnende: Ausnützungsbonus für Gebäude mit Minergie-Standart |
| 10. April 2006: | Postulat Brigitte Germann-Arnold, L2O, und Mitunterzeichnende: Vernetzter Naturraum im Zentrum |
| 13. Mai 2006: | Postulat Hans-Ruedi Jung, CVP: Pikettdienst des Zivilstandsamtes |

15. Mai 2006: Dringliche Interpellation Beat Imboden, FDP, und Mitunterzeichnende:
Fernheizzentrale im Schulhaus Spitz
15. Mai 2006: Interpellation Franz Krieger, CVP: Grundstück St. Niklausenstrasse 73
15. Mai 2006: Interpellation Franz Krieger, CVP: Mergelgrube Grisigen

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist bittet die Ratsmitglieder, die Vorstösse jeweils zu betiteln und diesen einen Namen zu gegeben. Es habe Vorstösse gegeben, die nur mit Interpellation oder Postulat betitelt waren. Es sei einfacher, wenn den Vorstössen einen Titel gegeben werde.

Rechtskraft

Seit der letzten Sitzung sei der Bericht und Antrag Nr. 1319: Budget 2006 in Rechtskraft erwachsen.

Protokoll

Das Protokoll Nr. 283 der Sitzung vom 26. Januar 2006 und das Protokoll Nr. 284 der Sitzung vom 16. Februar 2006 wurden allen zugestellt. Gegen beide Protokolle seien keine schriftlichen Einsprachen eingereicht worden. Somit seien die Protokolle genehmigt.

Traktandum 1

Genehmigung der Verwaltungsrechnung 2005 der Einwohnergemeinde Horw

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist weist darauf hin, dass bei Wortmeldungen jeweils das Konto anzugeben sei, damit alle die Möglichkeit haben dem Einwand zu folgen.

Eintreten

Thomas Zemp hält im Namen der Geschäftsprüfungskommission (GPK) fest, dass die Rechnung 2005 der Einwohnergemeinde, dies sei jetzt eine reine Einwohner- und Bürgergemeinde, welche sich mit einem Aufwandüberschuss von 2,02 Mio. Franken präsentiere. Verglichen mit dem Budget, welches mit einem Defizit von 1,8 Mio. Franken prognostiziert wurde, sei die Rechnung fast eine Ziellandung, mindestens auf den ersten Blick. Die GPK habe den vorliegenden Bericht und Antrag eingehend mit den verschiedenen Gemeinderäten und auch mit dem Finanzsekretär diskutiert. Man habe ein paar Fragen gehabt, doch diese seien zwischenzeitlich alle beantwortet worden. Die Rechnung sei auch durch die externe Revisionsstelle, Küng Treuhand AG, geprüft worden. Diese habe eigentliche keinen Anlass zu Bemerkungen gehabt. Das Rechnungsergebnis lasse sich mit folgenden Eckdaten zusammenfassen: Die laufende Rechnung 2005 schliesse mit einem Aufwandüberschuss von 2,026 Mio. Franken ab. Im Vergleich zum Voranschlag sei dieses Ergebnis um 222'955 Franken schlechter. Die Investitionsrechnung schliesse mit aktivierten Nettoinvestitionen von 4,309 Mio. Franken ab, dies seien 5,22 Mio. Franken weniger, als man budgetiert habe. Wie bereits im Vorjahr, könne dies einerseits damit begründet werden, dass nicht alles wie geplant realisiert werden konnte, also im geplanten Zeitabschnitt. Andererseits aber auch damit, dass diverse Investitionen aus Rückstellungen finanziert worden seien. Mit anderen Worten ausgedrückt, bereits in früheren Rechnungen belastet worden seien. Der Finanzierungsüberschuss resultierend aus der laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung betrage somit 4,438 Mio. Franken, versus von einem budgetierten Finanzierungsfehlbetrag von 8,692 Mio. Franken. Ein Blick in die Bilanz zeige, dass die Nettoverschuldung von 23,7 Mio. Franken auf 27,4 Mio. Franken zugenommen habe. Dies entspreche einer Nettoschuld von knapp 2'200 Franken pro Einwohner und diese sei zunehmend. Er glaube, der kantonale Schnitt sei bei rund 3'300 Franken. Die langfristigen Schulden stiegen von 37,7 Mio. Franken auf 43,2 Mio. Franken und damit habe sich auch der Zinsaufwand versteigert, nämlich um rund 450'000 Franken verglichen mit dem Vorjahr. Es sei heute davon auszugehen, dass mit den bewilligten Investitionen, die 50 Mio. Franken Grenze bei der Verschuldung, überschritten werde. Noch ein paar Worte zu der Analyse oder was sage uns diese Rechnung. Auf der Einnahmenseite liege der gesamte Steuerertrag von 41,1 Mio. Franken praktisch genau auf dem gleichen Wert wie im Vorjahr. Innerhalb der verschiedenen Steuereinnahmen gebe es aber Verschiebungen. So liege der Ertrag der Gemeindesteuern mit Total 36,7 Mio. Franken leicht über dem Budget. Verglichen mit dem Vorjahr sei es aber eine Steigerung von 2,4 % und dies stelle eigentlich eine erfreuliche Entwicklung dar. Bei den Sondersteuern habe man den Vorjahreswert nicht erreichen können, der sei damals auch sehr hoch gewesen, dennoch liege das

Ergebnis 0,6 Mio. Franken über dem Budget. Alles in Allem könne man sagen, auf der Einnahmeseite ein gutes Ergebnis ohne spezielle Sondereffekte. Auf der Ausgabenseite liege der Personalaufwand wohl zielgenau im Budgetrahmen. Gegenüber dem Vorjahr sei es aber eine Zunahme um knapp 1,02 Mio. Franken oder anders ausgedrückt 3,2 %. Auch der Sachaufwand übersteige das Budget um 0,55 Mio. Franken, dort zeige der Vorjahresvergleich sogar eine Steigerung von 0,65 Mio. Franken, in Prozent ausgedrückt wäre dies eine Steigerung von 5,2 %. Der Finanzausgleich sei netto 205'000 Franken günstiger ausgefallen als im Vorjahr, dies sei wiederum eine erfreuliche Entwicklung. Ein Blick auf die Rechnung nach Funktionen zeige, in welchen Bereichen die Nettokosten im Vergleich zum Vorjahr am meisten zugenommen hätten. Allgemeine Verwaltung 300'000 Franken; Öffentliche Sicherheit 300'000 Franken; Bildung 930'000 Franken; Soziale Wohlfahrt 350'000 Franken; Verkehr 0,5 Mio. Franken und wie vorher bereits gesagt, im Bereich Finanzen und Steuern habe man mit den Passivzinsen ebenfalls rund 450'000 Franken Mehrausgaben. Im Rechnungsjahr 2005 seien Abschreibungen von Total 2,1 Mio. Franken auf dem Verwaltungsvermögen und 446'000 Franken auf dem Finanzvermögen vorgenommen worden. Wesentliche Teile dieser Abschreibungen stammen aus der Auflösung von Reserven und Rückstellungen. Abgesehen von den Spezialfinanzierungen seien auf dem Verwaltungsvermögen lediglich 160'000 Franken abgeschrieben worden. Budgetiert habe man aber 1 Mio. Franken. Die reduzierten Abschreibungen seien gemäss den Vorgaben vom neuen Rechnungsmodell korrekt ermittelt und vollzogen worden. Dennoch an dieser Stelle der Hinweis, wenn man die Abschreibungen gemäss Budget vollzogen hätte, dann wäre die Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 2,85 Mio. Franken herausgekommen oder anders ausgedrückt, dass Ergebnis der Rechnung 2005 sei eigentlich nicht um 0,2 Mio. Franken schlechter sondern um knapp 1 Mio. Franken schlechter als budgetiert. Die Limite des Gemeinderatskredites die errechne sich aus 5 % von den budgetierten Steuereinnahmen und betrage damit 1,8 Mio. Franken oder maximal 721'000 Franken pro Einzelfall. Mit gesprochenen Krediten von 1,45 Mio. Franken, davon 1,24 Mio. Franken in der Rechnung ausgewiesen, sei diese Limite zu rund 80 % weitgehend, aber nicht vollständig, ausgeschöpft worden. Es scheine ihm wichtig darauf hinzuweisen und bewusst zu machen, dass man mit den laufenden Einnahmen, heute, weder die laufenden Ausgaben, also eigentlich die Konsumationen, noch die Finanzierungskosten von den Investitionen bewältigen könne. Wenn man die Spezialfinanzierungen ausklammere, dann hatte man während den letzten drei Jahren immer wieder einen Cash-Flow, also ohne Abschreibungen, von rund einer halben bis zu einer Million Franken gehabt. Neu betrage dieser minus 1,8 Mio. Franken. Wenn man die Rechnung 2004 nehme, diese mit dem Sondereffekt vom Buchgewinn von 3 Mio. Franken bereinige und dann mit der vorliegenden Rechnung 2005 vergleiche, dann zeige sich, dass das Ergebnis 2005 um fast 3 Mio. Franken schlechter ausfalle. Dies sei seiner Meinung nach alarmierend, zumal die Einnahmen eigentlich erfreulich ausgefallen seien und sich auf einem recht hohen Niveau bewegen. Auf der Ausgabenseite hatte man eigentlich auch wenig Sondereffekte, wo man sagen könnte, das sei einmalig gewesen und komme nicht mehr. Aufgrund der Vorjahresergebnisse und von den Reserven, welche man in früheren Jahren aufbauen konnte, könne man sich dies im Moment sicherlich noch leisten. Er glaube aber nicht mehr lange. Gerade auch vom Hintergrund der Steuergesetzrevision, welche der Kanton plane, welche Grössenordnung 2008 umgesetzt werden könne, seien auf der Einnahmeseite beträchtliche Ausfälle zu erwarten. Er denke, da müsse man auf der Ausgabenseite Massnahmen ergreifen. Er gehe davon aus, dass die Problematik im Rahmen vom Finanzplan und dann sicherlich auch im Rahmen vom Budget 2007 intensiv im Rat zu diskutieren geben werde. Abschliessend möchte er im Gemeinderat, dem Finanzsekretär und der Verwaltung für die vorgelegte Rechnung danken. Dies sei eine gute und saubere Arbeit. Die GPK sei einstimmig für Eintreten und anschliessend für die Zustimmung zur Rechnung 2005.

Urs Hediger hält im Namen der CVP-Fraktion fest, dass am 21. Oktober 2004 der Rat das Budget 2005 mit einem minus von 1,8 Mio. Franken, einstimmig mit 28 : 0 Stimmen, angenommen habe. Nun liege das Resultat, die Umsetzung dieser Vorgabe vor. Mit einem Aufwandüberschuss von 2 Mio. Franken sei das Ziel nun knapp verpasst. Das heisse, dass die Jahresrechnung um ca. 220'000 Franken auf der Aufwandseite höher ausgefallen sei. Die verschiedenen Abweichungen zum Budget seien ausführlich dargestellt. Da zeige sich, wie schwierig es sei in gewissen Bereichen zu budgetieren. Es gebe Budgetposten, über welche man sich im Vorfeld, mehr oder weniger im Klaren sein könne, wie die Entwicklung in den kommenden 12 Monaten sein könnte. Es seien auch solche Bereiche, auf welche man, oder eben die Gemeinde Horw selber, direkt Einfluss nehmen könne. So konnten zum Beispiel die Personalkosten ziemlich genau eingehalten werden. Aber auch jene Bereiche, über welche, je nach Ereignis, erst im laufenden Jahr effektiv Auskünfte über die anfallenden Kosten geben können. So zum Beispiel bei den Mehrausgaben bei der gesetzlichen Fürsorge, bei welchen man keinen Einfluss nehmen könne, also nicht agieren sondern nur reagieren könne, sprich Mehrausgaben. Die gesellschaftlichen Probleme in der heutigen Zeit werden sicherlich weiter dazuführen, dass diese Kosten auch in naher Zukunft weiter steigen werden. Die CVP-Fraktion danke dem Gemeinderat wie

auch dem Finanzdepartement für die gute und disziplinierte Umsetzung des vorgegebenen Budgets. Die CVP-Fraktion sei für Eintreten in den Bericht und Antrag Nr. 1324.

Irène Zingg-Vetter erklärt im Namen der FDP-Fraktion, nachdem das Budget studiert wurde, sei die FDP-Fraktion zu folgendem Ergebnis gekommen: Das negative Rechnungsergebnis präsentiere sich alles andere als erfreulich. Dank den höheren Steuereinnahmen von rund 1 Mio. Franken gegenüber der Budgeterwartung 2005, sei man bei der Rechnung noch mit einem blauen Auge davongekommen. Demgegenüber seien bei den Erbschaftssteuern für Nachkommen gerade noch 138'000 Franken eingegangen. Dies sei rund 1/3 weniger als budgetiert und mache kein ½ Prozent des Steuerertrages aus. Man könne sich dann am Sonntag nach dem Abstimmungsergebnis wieder an diese Zahlen erinnern. Die Rechnung liege vor, das Geld sei ausgegeben, man könne an der Situation nichts mehr ändern. Gewisse Ausgaben vom Gemeinderatskredit müssen, ihrer Meinung nach, unbedingt noch hinterfragt werden. Es stelle sich die Frage, warum man bei EDV-Anschaffungen und beim Lagerraum Werkhof nicht mit einem B + A in den Rat gekommen sei, sondern die sehr hohen und rechnungsrelevanten Ausgaben mit einem Gemeinderatskredit beschlossen habe. Ein solches Vorgehen werfe Fragen auf und es stecke auch mangelnde Transparenz dahinter. Etwas zeige diese Rechnung aber auch ganz klar, wenn die Pro-Kopf-Verschuldung nicht jedes Jahr weiter zunehmen soll, sei sparen auch in Zukunft wichtig. Es erweise sich auch im Nachhinein als richtig, dass der Rat das Budget 2006 zurückgewiesen habe und der Gemeinderat verpflichtet wurde, das Sparpotenzial aufzudecken. Nur eine finanziell gesunde Gemeinde sei für Neuzuzüger eine attraktive Gemeinde. Helfen wir also gemeinsam zu den Finanzen Sorge zu tragen. Die FDP-Fraktion danke allen Verantwortlichen für die Erarbeitung dieser Rechnung und sei für Eintreten.

Heiri Schwegler hält im Namen der L2O-Fraktion fest, dass die vorliegende Rechnung nicht sehr überraschend sei, da die Rechnung dem Budget sehr nahe gekommen sei. Der Aufwand, welcher gegenüber dem Budget mit rund 123'000 Franken übertroffen worden sei, scheint vertretbar. Vertretbar deshalb, weil auch der Gemeinderatskredit innerhalb der Kreditlimite gelegen sei. Auch die L2O-Fraktion würde sich freuen, wenn die Budgetvorgaben übertroffen worden wären. Überrascht worden seien sie eigentlich über die Genauigkeit des Budgets. Das Budget, welches mit einem Defizit vom Horwer Parlament genehmigt wurde, weil zum einen noch Eigenkapital vorhanden gewesen sei und zum anderen, weil die Abschlüsse, wie auch in den letzten Jahren, deutlich besser waren als geplant. Dass dieser Umstand letztes Jahr nicht eingetroffen sei, möge wohl etwas verblüffen. Anlässlich der Budgetdebatte habe man eine massvolle Verschuldung der Gemeinde Horw festgestellt. Dies habe sich nach dem Rechnungsabschluss nicht gross geändert und die vom Gemeinderat in Aussicht gestellten Abwälzungen vom Kanton seien ebenfalls noch nicht eingetroffen. Vor allem die höheren Schulbeiträge und das Entfallen der Musikschulbeiträge vom Kanton. Die nicht vorgenommenen Abschreibungen seien sehr schwer einzuschätzen und diese verschönern das vorliegende Ergebnis. Da die Abschreibungen in früheren Jahren jeweils überdurchschnittlich hoch gewesen seien, sei eine effektive Bewertung schwierig. Die Erträge seien praktisch 1 Mio. Franken übertroffen worden. An einigen Orten sei aber auch gespart worden und zwar in Gebieten, wo nicht unbedingt erfreulich seien. In der Bildung und in der Umwelt- und Raumordnung seien 113'000 Franken gegenüber dem Budget eingespart worden. Trotz allem sei Ratlosigkeit ein schlechtes Rezept. Man müsse Strategien für eine nachhaltige, Gesundung der Finanzen entwickeln. Strategien mit kurz-, mittel- und langfristigen Zielen. Kurzfristig könne man das erwartete Defizit, mit diesem immer noch vorhandenen Eigenkapital, verrechnen. Mittelfristig sollte die Position der Gemeinde im Standort-Ranking aufrecht erhalten werden. Eine weitere Leistungsbeknappung der Gemeinde sei nicht mehr tragbar. Die Familienfreundlichkeit soll weiter ausgebaut werden und nicht plötzlich einem demografischen Fall zum Opfer fallen. Langfristig sei der Standort weiterzuentwickeln, insbesondere im hervorragend erschlossenen Gebiet rund um den Bahnhof. In nächster Nähe zur Fachschule, sollte durch geschickte und weitsichtige Baupolitik ein wertschöpfungsintensiver und gut durchmischter Arbeitsbereich entstehen, welcher durchaus auch über die Gemeindegrenze hinweg ausstrahlen könne. Durch eine qualitative Aufwertung der Quartiere, unter dem Blickwinkel eines haushälterischen Umganges des Bodens, sollen die Wohngebiete attraktiv gehalten werden, so könne Horw seine privilegierte Lage halten. Die L2O danke allen Beteiligten für die geleistete Arbeit und sei für Eintreten.

Alwin Larcher stellt im Namen der SVP-Fraktion zu Beginn gleich folgende Frage: Was habe man in den ersten 108 Tagen in diesem Jahr gemacht? Man solle sich nicht zu viel Mühe machen, denn er könne dies beantworten; Man habe während diesen 108 Tagen, dies seien fast 3 ½ Monate, nur für die Steuern gearbeitet. Dies sei natürlich ein Durchschnitt. Diejenigen die weniger verdienen, mussten weniger lang daran arbeiten, diejenigen die mehr verdienen, hätten länger daran gearbeitet. Aber im Durchschnitt 108 Tage nur für die Steuern, dies sei immerhin aufseherregend. Übrigens sei diese Zahl nicht von ihm errechnet worden, sondern von Bundesrat Merz. Jetzt könnte man meinen, die Schweiz

schwimme im Geld, dies sei gar nicht wahr. Wie sehe es beim Bund aus? Der Bund stecke tief in den roten Zahlen. Kürzlich habe er das stolze Kap von 150 Milliarden Schulden überschritten. Der Kanton Luzern sei grundsätzlich auch defizitär, habe aber im letzten Jahr durch das Nationalbankgold ein Glücksfall erlebt, welches sich nicht mehr so schnell wiederholen werde. Und mit Horw, man habe es jetzt gehört, man sei mit 2 Mio. Franken in den roten Zahlen. Man habe auf jeden Fall, das müsse man ganz klar sehen, ein strukturelles Defizit. Andere Gemeinden, im gleichen Gebiet, im Kanton Luzern, haben bessere Resultate. Allein in einer Zeitung habe man lesen können: Ertragsüberschuss in Hämikon, in Mauensee, in Luthern und weniger Verlust in Hasle. Jetzt werde man sagen, das sei überhaupt kein Vergleich, Äpfel mit Birnen oder was auch immer, wir das stolze Horw lassen uns doch nicht mit Menznau oder was auch immer vergleichen. Aber in einer anderen Zeitung sei gestanden: "Kriens, statt Millionenminus sei die Rechnung fast ausgeglichen". Und dies sei dann schon eine Gemeinde, die sich mit Horw vergleichen lasse. Diese haben also besser gearbeitet, hätten besser disponiert. Man habe in den letzten Jahren Schulden aufgehäuft. Schulden welche, wie man gehört habe, am Ende dieses Jahres eine stolze Summe erreichen werden. Vielleicht gebe der Gemeinderat ein Apéro aus zu diesem Anlass. Man werde 50 Mio. Franken Schulden überschritten haben. Dies sei nicht nur so auf dem Papier, sondern das heisse, dass man diese Schulden verzinsen müsse. Und wenn es jetzt 60, 80, wann seien es 100 Mio. Franken Schulden und was wenn der Zinssatz für solche Schulden mal nicht mehr 2 % oder 2,5 % sei, wie bis jetzt, sondern 5 %, das alles könne man sich selber ausrechnen. Man habe schon nach einem Rezept gefragt, habe aber auch keines gefunden ausser Mehrausgaben. Aber der Bund gebe uns ein Rezept, denn bei diesen Steuerausfällen, bei der Behebung der Ehebestrafung, wolle der Bundesrat, die Regierung, zur Hauptsache ausgabenseitig kompensieren. Ausgabenseitig kompensieren, wenn man ja nur schon 108 Tage für die Steuern arbeite, wird man diese wohl nicht mehr heraufsetzen können. Heraufsetzen, das müsste eigentlich unser Rezept für die Zukunft sein. Etwas anderes sei noch ganz besonders aufgestochen, der Gemeinderatskredit. Der Gemeinderatskredit, man habe es gehört, mit einer oberen Limite von 1,8 Mio. Franken, sei mit 1,4 Mio. Franken ausgeschöpft worden. Mit 1,4 Mio. Franken bei einem Defizit von etwa 2 Mio. Franken. Also habe der Gemeinderat munter das Defizit auf den heutigen Stand gebracht, durch eine weitgehende Ausschöpfung von seinem Gemeinderatskredit. Besonders stossend bei der Lektüre der Details von diesem Gemeinderatskredit sei, dass bei den einzelnen Kreditvergaben offenbar munter am Einwohnerrat vorbei politisiert werde. Etwas salopp ausgedrückt, alles das was voraussichtlich nicht vom Einwohnerrat genehmigt würde, werde einfach via Gemeinderatskredit trotzdem ausgegeben. Alle welche im Saal sitzen, mit Ausnahme von den wenigen, die erst seit kurzem dabei seien, hätten sich wahrlich in Sachen Finanzpolitik in den letzten Jahren nicht mit Ruhm bedeckt. Und wir, da sei jetzt diesmal sicher nicht der Gemeinderat an erster Stelle zu nennen, sondern der Einwohnerrat, sie hätten wesentliche Grundsätze der Finanzpolitik schlicht in den Wind geschlagen, nach dem Motto "Nach uns die Sinnflut" oder "Nach uns zahlen es vielleicht unsere Jungen". Ob man der Rechnung nun die Genehmigung erteilen wolle, dies werde man dann sehen. Man mache sich dann mitschuldig. Aber für das Eintreten sei die SVP-Fraktion.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein hält im Namen des Gemeinderates fest, dass er sich bedanke für die grossmehrheitlich positiven und unterstützenden Aussagen bei der Gesamtabsicht auch dem Gemeinderat. Herzlichen Dank auch für die Dankensworte an die Verwaltung, welche wirklich grosse Arbeit leiste. Er werde dies gerne weiterleiten, sofern die beiden Herren dies in ihrem Bereich nicht selber machen werden. Es seien ein paar wichtige Aussagen gefallen, wo er das Gefühl habe, dass das Zukunft sein könnte. Dies könnte aber auch die Problematik oder die derzeitigen roten Zahlen wieder mindestens grau oder sogar schwarz werden lassen. Nach mehreren doch positiven Jahresabschlüssen in der Vergangenheit, habe man mit dem Rechnungsabschluss 2005 Defizite, welche leicht höher ausgefallen seien als budgetiert worden war. Es sei sicherlich alles andere als erfreulich, wenn er diese Worte gebrauchen dürfe, wenn man ein Defizit hinnehmen müsse. Man habe es jetzt aber selber festgestellt, der Rat und man habe es noch speziell gehört, diverse Punkte, es hätten einige Einflüsse auch darauf hingewirkt. Ganz kurz nochmals gesetzliche Vorsorge. Der Sachaufwand mit EDV, Massnahmevollzug, der Mehraufwand durch Beiträge an die Kantonsschule, wegen mehr Schülern, wegen höheren Beiträgen und auch richtig gesagt worden, die Zunahme an Schuldzinsen. Erfreulich sicher, dass der Personalaufwand im Rahmen des Voranschlages gehalten werden konnte. Aber vor allem fehle, wenn man den Vergleich mit der Vergangenheit anstelle oder frühere Abschlüsse durchsehe, die überraschenden Einnahmen bei den Sondersteuern. Er denke da speziell an die Handänderungs- und Grundstücksgewinnsteuer oder auch die Erbschaftssteuer. Das negative Ergebnis der Rechnung 2005 zeige aber auch deutlich, dass ohne ausserordentliche Einnahmen, wie eben beispielsweise die erwähnten Steuern oder mögliche Buchgewinne, die anfallenden Aufwendungen oder wie man gesagt habe Konsumationen, und auch Investitionen in Zukunft gedeckt werden. Auch im Hinblick, dass in den Bereichen Soziales und Bildung gebundene Ausgaben, trotz Finanzreform 08 vom Kanton, eher zunehmen können. Da könne er gleich sagen, nach letzten Informationen,

werde man die meisten Zahlen vom Kanton im Rahmen der Finanzreform leider erst nach den Sommerferien erhalten. Man hoffte, man erinnere sich an den Terminplan, dass der Finanzplan vor den Sommerferien vorgelegt werden könne, aber so wie es im Moment aussehe, werden so markante Zahlen fehlen. Und bevor man diese zustellen könne, seien diese bereits wieder Makulatur. Man konnte auf dem Entwurf sehen, dass der Kanton in sehr bedeutenden Bereichen Massnahmevollzug, aber auch im Bereich Kultur, Beiträge an die IV, welche rund 1 Mio. Franken seien, übernehmen werde. Aber natürlich nicht einfach so wegen den blauen Augen. Er wolle aber beispielsweise auch 50 % der Grundstückgewinnsteuern oder der Handänderungssteuer. Der Gemeinderat versuche in diesem Zusammenhang, sich für die Gemeinde einzusetzen, damit man nicht plötzlich eine zwei am Rücken habe. Alle hätten richtig festgestellt, dass man in Zukunft sparen müsse. Man müsse auf Sonderwünsche verzichten und uns sicherlich auf das Machbare und auf das Finanzierbare konzentrieren. Aber nach den gehörten Aussagen habe der Gemeinderat auch die Unterstützung des Rates, sei es nach den Diskussionen über den Finanz- und Aufgabenplan, dass man da einen besseren Weg einschlagen könne und vielleicht, wenn man wieder mit besseren Einnahmequellen rechnen könne, könne in Zukunft wieder etwas investiert werden. Zu den Gemeinderatskrediten, weil dies verschiedentlich erwähnt wurde, glaube er, dass dies sicherlich die Möglichkeit des Gemeinderates sei, wo er auch schnell reagieren könne, wenn etwas anstehe. Man erinnere sich, dass dies in der Vergangenheit gern ausgegrenzt wurde und die Kompetenz, welche der Rat dem Gemeinderat zugesprochen habe, würde sicherlich sinnvoll eingesetzt. Zu einzelnen Antworten komme er gerne noch in der Detailberatung.

Detailberatung

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist erklärt, dass er bereits vorgängig erwähnt habe, dass bei Vorstössen, welche gemacht werden, zuerst das Konto erwähnt werden soll, damit alle wissen, über was der Sprecher rede.

Konto Nr. 020.00.395.00: Anteil Soziallasten

Gabi Rölli erklärt, dass gegenüber dem Voranschlag 2005, wo man 313'681 veranschlagt habe jetzt 580'997.80 ausgewiesen seien. Ihre Frage: Warum so viel mehr? Die Besoldung Verwaltungspersonal sei eigentlich nicht höher und es sei keine Begründung vorhanden.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein erklärt, dass dies von der GPK auch aufgenommen wurde. Er vergleiche zwar ungern mit der Rechnung, da sei der Unterschied nicht so gross. Im Rahmen der Budgetierung wurde eine Korrektur vorgenommen, NBU war dies, so glaube er. Und damit man nicht alle, das seien etwa 40 Konten, Spezialfinanzierungen, ausführen musste, habe man die Differenz nur in diesem Verwaltungsteil verrechnet.

Konto Nr. 620.01.311.00: Anschaffungen Maschinen, Geräte

Jörg Stalder möchte zu diesem Konto, bei welchem es sich um einen Verkehrsspiegel im Betrage von 18'000 Franken handle, eine Erklärung. Er finde diesen Betrag hoch.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi erklärt, dass es sich bei diesem Verkehrsspiegel nicht nur um den Spiegel an sich handle, dann wäre es wirklich teurer. Man müsse diesen im Winter eben auch beheizen, denn wenn man hinausfahre, müsse man eine gute Übersicht haben. Dies bedeute, dass man auch Stromleitungen heranzuführen müsse und dass Ganze beheizbar mache. Und dies gebe dann diesen Betrag. Auch die Quartierbewohner waren über diesen Betrag sehr überrascht, wie teuer das kommen werde. Aber es sei sicher eine Investition, welche sich an diesem Punkt gelohnt habe, deshalb habe man es auch zur Verkehrssicherheit gemacht.

Konto Nr. 620.02.314.00: Baul. Unterhalt Werkhof durch Dritte

Jörg Stalder fragt an, was mit den Räumen im Werkhof passieren werde, weil die A2 dort mittlerweile ausgezogen sei. Wie sollen die Räume genutzt werden.

Gemeinderätin Susanne Heer erklärt, dass bis Mitte Jahr einzelne Büros noch besetzt bleiben werden. Mitte Jahr werden weitere Leute gehen, wie dies im letzten Jahr bereits der Fall gewesen sei. Am Schluss bleibe dann noch der Ausstellungsraum. Bis jetzt sei noch nichts vorgesehen, weil man auch noch an der Planung von Räumlichkeiten für die Verwaltung sei. So könne man jetzt noch nichts vorziehen. Deshalb gebe es weniger Mietzinseinnahmen.

Konto Nr. 862.00.311.00: Fernheizwerk (Spezialfinanzierung)

Jörg Stalder bemerkt, dass bei diesem Konto von Notmassnahmen geschrieben werde. Er möchte dazu mehr Informationen.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi erklärt, dass man mit dem Fernheizwerk Probleme hatte und es halt Sofortmassnahmen gebraucht habe. Man habe dies erwähnt, "Installation eines zweiten Brenners", doch es habe noch weitere Massnahmen benötigt. Im Moment sei man daran, alles zu überprüfen, wie das Blockheizwerk in Zukunft betrieben werden könne. Zu gegebener Zeit werde man weiter informieren.

Laufende Rechnung 2005 nach Arten

Keine Wortmeldungen

Investitionsrechnung 2005 nach Funktionen**Konto Nr. 620.00.503.03: Lagerraum Werkhof**

Thomas Zemp erklärt, dass dieser Gemeinderatskredit für die Einhausung der Brücke zwecks Erstellung einer Lagerhalle für den Werkhof mit 473'000 Franken aufgeführt sei. Man habe dies in der GPK diskutiert. Es habe einfach den Eindruck gemacht, dass das relativ viel Geld sei, für eine halbe Million, ein paar Wände und eine Brücke zu bauen. Man werde sich sicherlich die Abrechnungen geben lassen und diskutieren, ob das überhaupt nötig gewesen wäre zu bauen. Und dies nicht einfach die Mercedes Lösung gewesen sei. Das gleiche gelte auch für den Garagenersatz, welchen man in der Liegenschaft Althof, das sei das Gebäude welches explodiert sei baute. Dort habe man zwei Garagen gebaut für nahezu 100'000 Franken. Wenn man diese zu kostengerechten Preisen weitervermieten müsste, würde man wahrscheinlich kaum jemanden finden, der das bezahlen würde. Das könne sich offenbar nur eine Gemeinde leisten. Es sei zwar so, dass dort noch etwas von der Gebäudeversicherung zurückkommen werde. Man habe das der GPK angekündigt, etwa 50'000 Franken, doch er denke, es spiele keine Rolle, wie viel eine Versicherung zahle. Entscheidend sei, was es tatsächlich brauche und nach diesen Kriterien müsste man dann auch das Projekt entsprechend machen. Aber die GPK werde sich informieren lassen und dies fliesse dann sicherlich auch in die Parteien.

Investitionsrechnung 2005 nach Arten

Keine Wortmeldungen

Bilanz per 31. Dezember 2005**Konto Nr. 117101: Ortskernplanung - Projektstudie**

Thomas Zemp erklärt, dass auf Seite 125, Position 117101 Ortskernplanung - Projektstudie, darauf hingewiesen werden müsse, dass dort falsch gebucht worden sei. Dies werde dann noch umgebucht. Das sei eine Investition, welche im eigentlichen Ortskern belastet werde. Da sei ein Fehler passiert, dass habe man der GPK so erklärt. Das werde anschliessend korrigiert.

Anhänge**Anhang IV, Seite 135, Kennzahlen**

Thomas Zemp erklärt, dass diese Kennzahlen grundsätzlich vom Kanton normiert werden. Das seien sehr wertvolle Zahlen. Das Problem sei im Fall der Gemeinde Horw, dass die Bürgergemeinde bis und mit den Jahren 2004 darin nicht berücksichtigt habe. Das sei auch die Aussage, welche Herr Helfenstein vorhin gemacht habe. Man könne schon sagen, dass man positive Rechnungen gehabt habe, doch dies stimme natürlich nicht ganz, wenn man die Bürgergemeinde noch einrechnen müsste, dann hätte man im Jahr 2002/2003 keine positive Rechnung gehabt. Und im 2004, wenn man den Buchgewinn wegnehmen würde, hätte man auch keine positive Rechnung. Von dort her gesehen sei es immer etwas gefährlich, wenn man diese Zahlen vergleichen wolle. Da spielen auch Auflösungen von Rückstellungen eine Rolle. Aber er hoffe, dass sich das jetzt normalisieren werde, nachdem diese beiden Gemeinden zusammengeführt seien und dass man nachher eine Vergleichsbasis habe, wo man auf den ersten Blick den Zustand der Gemeinde herauslesen könne. Was sicher eine Herausforderung bleiben werde, sei die Sache mit den Spezialfinanzierungen. Auch diese spielen mit, seiner Meinung nach, müssten diese eigentlich separat betrachtet werden. Weil man heute eine Wasserversorgung habe, welche die Gemeinderechnung im Bereich der Finanzierungskennzahlen, immer um

rund 1 Mio. Franken verbessere und man eigentlich zu hohe Gebühren habe. Es mache keinen Sinn, diese Gebühren heute zu senken, weil man bereits massgebliche Investitionen in dieses Wasserwerk beschlossen habe und deshalb sei es auch sinnvoll, wenn man so weiterfahre wie bis jetzt und diese Rückstellungen aufbaue. Aber dies lasse eine Rechnung natürlich besser aussehen, als sie wirklich sei, nicht jetzt einfach einen konkreten Aufwandüberschuss. Beispielsweise im Bruttoüberschuss der laufenden Rechnung spiele das ein und könne den Eindruck erwecken, es gehe uns eigentlich noch relativ gut. Aber das sei nicht unbedingt so, wenn man die Einwohnergemeinde alleine für sich betrachte und er denke, dass man das auch müsse.

Jörg Stalder möchte eine Erklärung zu diesen neuen Kennzahlen-Blätter. Warum diese ausgetauscht wurden.

Gemeindeammann Gianmarco Helfenstein erklärt, dass vor allem das Jahr 2005 falsch gewesen sei, beim Zinsbelastungsanteil 1. Es gehe vor allem um die Grafik im Jahr 2004.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist fragt, ob es noch ein Rückkommen gebe. Dies sei nicht der Fall, also komme man zur Abstimmung.

Abstimmung

Der Rechnung 2005 der Einwohnergemeinde Horw, umfassend

- Laufende Rechnung
- Investitionsrechnung
- Bilanz per 31. Dezember 2005

wird mit 22 : 0 Stimmen die Genehmigung erteilt.

Alwin Larcher weist den Einwohnerratspräsidenten darauf hin, dass auch noch die Enthaltungen ausfindig gemacht werden müssten.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist weist darauf hin, dass über Enthaltungen nie abgestimmt werde.

Der Nachtragskredit wird im Sinne von Art. 52 der Gemeindeordnung mit 28 : 0 Stimmen bewilligt.

Die Deckung des Aufwandüberschusses wird gemäss Antrag des Gemeinderates mit 28 : 0 Stimmen beschlossen.

Dem gesamten Beschlusstext wird mit 28 : 0 Stimmen zugestimmt.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist erklärt, dass die Rechnung etwas mehr Zeit eingeplant worden sei. Selbstverständlich gehe man um 17.00 Uhr noch nicht in die Pause. Es werde somit mit dem Traktandum 3 weitergefahren.

Traktandum 3

B + A Nr. 1318: Musikschulreglement - 1. Lesung

Eintreten

Ruedi Meier erklärt im Namen der vorberatenden Kommission Musikschulreglement, dass die Musik ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur sei. Der Musikschulunterricht sei ein Bildungsgut, welches jedem Kind zugänglich sein sollte. Der Wert der Musikerziehung sei in der Entwicklung der Intelligenz, Arbeitsverhalten und Sozialkompetenz unbestritten und erwiesen. Die Musikschule Horw wurde im Schuljahr 2005/2006 von Total 731 Schülern besucht und der Unterricht werde von 47 Lehrpersonen erteilt. Gemäss Aussage vom Musikschulleiter werde das Musikschulangebot für das Schuljahr 2006/2007 auf Effektivität und Tauglichkeit überprüft und angepasst. Nachdem der Kanton keine Beiträge mehr an die Kosten der Musikschule leiste, biete die kantonale Verordnung über die Zusatzangebote zur Hochschule, keine Rechtsgrundlage mehr für die Führung einer Musikschule. Die neue Situation verlange die Schaffung eines neuen Reglementes, welches durch den Einwohnerrat genehmigt werden müsse. Im weiteren werde die neue Gemeindeordnung ebenfalls verlangen, dass ein Musikschulreglement geschaffen werde. Das neue Reglement beschränke sich auf die Grundsätze das die Gemeinde Horw eine Musikschule führe für den freiwilligen Musikunterricht. Nach den Grund-

sätzen einer anerkannten und zeitgemässen Musikerziehung. Die Musikschule soll den in der Gemeinde Horw wohnhaften Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, für die musikalische Ausbildung zur Verfügung stehen. Im weiteren regle das Reglement die Organisation, die Musikschulverordnung, Musikschulkommission, Musikschulleitung und den Erlass vom Leistungsauftrag. Ebenfalls werde das Arbeitsverhältnis mit den Lehrpersonen neu auf öffentlich-rechtlicher Basis geregelt. Die Anstellung der Lehrpersonen habe wie bisher auf privat-rechtlicher Basis erfolgen können, doch der Gemeinderat lege Wert darauf, dass die Lehrpersonen grundsätzlich den Verwaltungsmitarbeitern gleichgestellt werden und diese deshalb in einem öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnis anstellen werde. Der Verordnungsentwurf der Musikschule Horw liege bereits vor. Die Struktur der Musikschule, die Besonderheit dieser Anstellungsverhältnisse und Unterrichtstätigkeit und die wechselnden Pensen der Lehrpersonen, erfordern eine Flexibilität, die die Regelung auf Verordnungsstufe sinnvoll mache. Die Lehrpersonen arbeiten in einem Pensenverhältnis, welches jedes Schuljahr nach Unterrichtsbedarf festgelegt werde. Aufgrund dieser zugeteilten Pensen werde die Teilzeitarbeit festgelegt und somit auch der Lohnanspruch. Die Pensen können im Ausnahmefall während des Schuljahres ändern. Der Lohn werde nach einem besonderen System errechnet und bezüglich der Auszahlung beständen Besonderheiten, weil nicht das Kalenderjahr, sondern das Schuljahr massgeblich sei. Wolle man das Personalreglement auf die Musiklehrpersonen anwenden, so müssten zahlreiche Bestimmungen neu geschaffen werden, die entweder die bestehenden Regelungen ergänzen oder spezielle Regelungen treffen, die nur für Lehrpersonen anwendbar wären. Eine solche Regelung wäre recht unübersichtlich. Die Musikschule müsse, eben weil die Mitarbeiter im Pensum und an verschiedenen Musikschulen arbeiten, flexibel organisiert werden. Im weiteren regle das Musikschulreglement auch die Finanzierung. Die Musikschule werde durch Beiträge der Gemeinde, von Schulgeldern sowie allfällige weitere Einnahmen gedeckt. Der Einwohnerrat könne aufgrund des Budgets den Gemeindebeitrag festsetzen und der Gemeinderat könne unter Berücksichtigung vom bewilligten Budget Schulgelder festlegen. Der Rechnung 2005 sei zu entnehmen, dass der Aufwand der Musikschule Horw 1'397'293 Franken betrage und einen Ertrag von 473'212 Franken ausweise. Das gebe ein effektiver Aufwand von 1'264 Franken pro Schüler. Die vorberatende Kommission schlage vor, dass die Schulgelder für den Erwachsenenunterricht kostendeckend festzusetzen seien. Dieser Vorschlag sei bereits von der Musikschule für das Schuljahr 2006/2007 übernommen worden. Im weiteren seien auch die Kurs- und Schulgelder für das nächste Schuljahr um 5 % angehoben worden. Der Deckungsbeitrag werde ca. 1/3 für die Musikschülerinnen und Musikschüler und ca. 2/3 für die Gemeinde Horw ausmachen. 2/3 seien für die Gemeinde tragbar. Mit dem vorliegenden Entwurf von einer Verordnung und einem Musikschulreglement seien alle relevanten Bestimmungen für die Musikschule zusammengefasst. Die Kommission Musikschulreglement habe dieses Reglement an der Sitzung vom 2. März 2006 eingehend geprüft, einige kleinere Änderungen vorgenommen und einstimmig beschlossen, das Reglement in dieser Form dem Einwohnerrat zur Genehmigung vorzuschlagen. Das Ziel für die Inkraftsetzung dieses Reglementes, sollte wenn möglich, auf Schuljahresbeginn 2006/2007 erfolgen, dass heisse auf den 1. August 2006. Man sei für Eintreten und nehme in der Detailberatung zu einzelnen Fragen noch Stellung.

Astrid Sprenger-Kaufmann erklärt im Namen der CVP-Fraktion, dass das Musikschulreglement in der Fraktion eingehend studiert und diskutiert wurde. Man sei sich dahingehend einig, dass man in Horw eine gute Musikschule habe, mit einem vielseitigen Angebot und dementsprechend qualitativ sehr gut ausgebildete Lehrpersonen. Das deren wertvolle Arbeit und eine zeitgemässe Anstellung und Entlohnung Wertschätzung erfahren soll, sei unbestritten. Alle wissen, um den positiven Einfluss der Musikerziehung auf die Entwicklung des Menschen, insbesondere auf die Kinder. Da sich aber, wie bereits gehört, der Kanton im Jahr 2004 mit der Streichung der Beiträge aus der Verantwortung gezogen habe, sei es jetzt bei der Gemeinde, die Musikschule gut zu führen und der Ist-Zustand auch zu wahren. Es gelte jetzt also eine Strategie festzulegen, wie diese Führung aussehen soll. Das ein Instrument, wie das vorliegende Reglement, zu dieser Umsetzung dem Gemeinderat helfen solle, sei in ihrer Fraktion unbestritten gewesen. Nur wie und was in diesem Reglement geregelt werden soll, da seinen die Meinungen auseinander gegangen. Man werde sich in der Detailberatung noch dazu äussern. Auch dass das Reglement kurz gehalten werden solle und sich auf grundsätzliche Themen wie Organisation, Arbeitsverhältnis der Lehrpersonen und Finanzierung beschränken solle, so wie im B + A beschrieben, sei in ihrer Fraktion nicht nur auf Gegenliebe gestossen. Zu viele Punkte werden ihrer Meinung nach nur am Rande oder gar nicht erwähnt und die Handhabung dieses Reglementes sei somit nach Meinung der Fraktion für den Rat wenig greifbar und in grossen Teilen unbefriedigend. Gerade auch was die Finanzierung betreffe, fehlen konkrete Aussagen, denn eine Musikschule soll wie im Bericht und Antrag erklärt, für jedes Kind zugänglich sein. Also familienfreundlich sein und auch bleiben. Die Kosten dürfen deshalb nicht aus dem Ruder laufen und müssten nötigenfalls rechtzeitig korrigiert werden können. Auch dazu mehr in der Detailberatung. Dennoch die Fraktion sei mehrheitlich für Eintreten.

Beatrice Buholzer-Stierli erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass man für Eintreten sei.

Beatrice Heeb-Wagner hält im Namen der L2O-Fraktion fest, dass mit dem vorliegenden Musikschulreglement eine gesetzliche Grundlage geschaffen werde, dass Horw weiterhin eine Musikschule führen werde. Die Musikschule habe mit über 700 Schülerinnen und Schülern und gegen die 50 Musiklehrpersonen einen wichtigen Teil vom Horwer Kulturleben entwickelt und sei gar nicht mehr wegzudenken. Sehr gutes, qualifiziertes Musikschulpersonal biete Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen die Möglichkeit, sich auf verschiedenste Art und Weise, mit Musik auseinander zu setzen, Musik kennen lernen und ein Instrument spielen zu lernen. Die qualifizierten Lehrpersonen der Musikschule werden aufgrund dieses neuen Reglementes in einem öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnis angestellt. Die Anstellungsbedingungen werden damit verbessert und hätten endlich einen allgemein möglichen Standart, wie dies bei den Gemeindeangestellten der Fall sein sollte. Sie werden nicht, wie sie gerne sehen möchten, wie Lehrpersonen angestellt, deshalb sei die öffentlich-rechtliche Anstellung nicht mehr als recht. Die L2O sage ja zu einer guten Musikschule und finde, dass das neue Reglement gut sei und sei für Eintreten.

Sacha Woodtli erklärt im Namen der SVP-Fraktion, dass man für Eintreten sei.

Gemeindepräsident Alex Hagggenmüller hält namens des Gemeinderates fest, dass ihm nicht mehr viel übrig bleibe. Er danke der vorberatenden Kommission, welche das Reglement sehr gut beurteilt habe und sehr gut durchberaten habe. Er danke auch dem Kommissionspräsidenten für die speditive und gute Arbeit. Man konnte untereinander Fakten austauschen, dies habe sehr gut funktioniert. Er möchte sich bei allen zusammen bedanken, welche die hervorragende Arbeit der Musikschule und der Musiklehrpersonen sehe. Auch der Sinn und Zweck, der müsse er nicht mehr wiederholen, der sei im Bericht und Antrag beschrieben und eigentlich von allen im Saal festgehalten worden. Er meine, höre und spüre auch, dass der Einwohnerrat merke, dass er als Legislative die strategischen Punkte setzen muss. Man wolle nämlich eine gut geführte Musikschule, wie sie organisiert werden müsse und wer in diesem Organisationsbereich tätig sei und wie sie finanziert werde. Das der Vollzug der ganzen Musikschule nachher auf der richtigen Ebene liege, nämlich auf der Ebene der vollziehenden Behörde, und dies sei die Exekutive. Deshalb haben die Spezialisten, die dieses Reglement vorbereitet haben, dieses in diesem Sinne aufbereitet und er sehe, dass da grossmehrheitlich die Zustimmung erfolgen werde. Der Kommissionspräsident und er geben in der Detailberatung sehr gerne Auskunft.

Thomas Zemp hält namens des Einwohnerrates fest, dass das Reglement als solches nicht viel zum studieren gegeben habe, es sei nur eine Seite lang. Etwas mehr habe dann doch die Verordnung zum studieren gegeben und auch zum nachdenken, was für Auswirkungen das haben könnte. Von ihm aus gesehen fehlen in diesem Bericht und Antrag, und das sei relativ häufig so im Bereich der Bildung, jegliche Aussagen zu den finanziellen Aspekten. Man sehe überhaupt nicht, wie viel uns das Kosten werde. Es sei unbestritten, dass die Musikschule eine notwendige und wichtige Einrichtung sei. Die Frage sei aber gleich wieder in der Strategie, wohin gehe man mit dieser Musikschule. Er vertrete eigentlich mehr die Auffassung, dass man eine Musikschule brauche, so gut wie nötig und nicht so gut wie möglich. Es sei sein Anliegen, dass man eine Musikschule habe, die letztlich für die Gemeinde bezahlbar werde und vor allem für diejenigen, die schlussendlich die Musikschule besuchen werden. Man könnte natürlich diskutieren, ob man überhaupt auf einen solchen Bericht und Antrag eintreten solle, wenn wichtige Grundlagen fehlen. Da es aber ein Reglement sei und es zwei Lesungen geben werde, gehe er davon aus, dass man diese zwei Lesungen auch machen werde. Er werde auch entsprechende Anträge für einen Zusatzbericht stellen, welcher die finanzielle Situation der Musikschule beleuchten werde. Man habe es bereits vordiskutiert, der Gemeindepräsident sagte uns, dass es um die 20'000 Franken mehr kosten werde im Jahr. Er glaube schon, dass man das so machen könne, aber wenn man den Aufwand mache und wenn man die alten Strukturen der Musikschule mit den neuen Lohnstrukturen vergleiche, mit diesen Besoldungsbändern, dann sehe man sofort, dass dort ein Potential von 30 % bis 50 % liege. Er gehe davon aus, wenn man die alten Strukturen angeschaut habe, dass die meisten Lehrpersonen irgendwo am Anschlag oben seien. Diese möchte man nun überführen, dass diese in der Grössenordnung leicht über dem Minimum seien. Die neuen Strukturen, die habe er sich mal so aufgezeichnet, verschieben sich massiv. Er werde zwischen der Lesung eine Folie auflegen. Man müsse klare Aussagen haben, dass man auch eine Entscheidungsgrundlage habe. Leider habe er in den letzten Jahren nie gespürt, dass die Musikschule Kosten senken wolle. Er höre immer andere Sachen; man wolle ein Musikschulhaus, man wolle noch weiter professionalisieren und das töne einfach nach Kosten, die früher oder später kommen werden. Im letzten Jahr habe man, glaube er, einen Ansatz gehabt, wo man gesagt habe, man wolle aus Spargründen die Lektionen von 45 auf 40 Minuten verkürzen. Das interessante sei, dass genau in der Rechnung 2005 das Budget um

100'000 Franken überschritten wurde. Gerade weil man die Lektionen gekürzt habe, haben viele Leute die die Musikschule besuchen, sich Gedanken gemacht und gefunden, dass man anstatt 30 Minuten doch lieber 40 Minuten mache. Wenn das wirklich so sei, solle niemand sagen, unsere Gebühren seien zu hoch, denn dann könne man sich das offenbar leisten von 30 auf 40 Minuten zu erhöhen. Man müsse halt mit den umliegenden Gemeinden schauen und den Benchmark setzen. Er denke, es brauche weitere Entscheidungsgrundlagen, um wirklich sicher zu sein, wohin es mit den Kosten laufe. Wohin laufen diese nächstes Jahr, wenn das Reglement in Betrieb sei. Er gehe davon aus, dass das Reglement auf das Schuljahr 2007/2008 in Kraft treten werde, weil die 2. Lesung könne kaum vor den Sommerferien durchgeführt werden. Und dann würde es ihn auch im Sinne eines Finanzplanes interessieren, wohin es laufe und wie weit man noch professionalisieren wolle, in wie weit man Hochschulabschlüsse in der Musikschule haben wolle oder in wie weit man sage, nein und man wolle dies stufengerecht verteilen, es gebe sowohl als auch.

Jörg Stalder erklärt, dass er kurz seine Meinung zu gewissen Punkten, die Thomas Zemp erwähnte, ausführen wolle. Professionalisierung der Musikschule mit gelernten Musikschullehrpersonen fände er sehr sinnvoll. Er fände es wichtig, dass man auch gewisse Qualität im Musikschulunterricht anstrebe. Das die Zahlen zugenommen hätten, das möge sein. Das zeige vielleicht auch eine bessere Auslastung der Musikschule. Wie er jedoch gehört habe, sei die Tendenz nicht wahnsinnig, dass von diesen Schülern, welche in die Musikschule gehen, also das sei nicht unbedingt zu erwarten, dass da ein riesiger Ansturm zu erwarten sei. Der Bericht und Antrag basiere, wie gesagt worden sei, auf einer Lösung als öffentlich-rechtliche Anstellung. Man hätte die Lehrpersonen auch einfach besser stellen und diese so anstellen können, wie die Lehrer. Er möchte sagen, dass man damit einen Kompromissvorschlag auf dem Tisch habe, welcher gut sei und man so unterstützen sollte. Er fände es nicht nötig, noch weiter an Details herumzuschrauben, sondern er würde dies gerne so überweisen und empfehle, dies ebenfalls so zu machen.

Gemeindepräsident Alex Haggenmüller erklärt, dass so wie heute unterrichtet werde, nach der Besoldung her gerechnet werde. Das mindestens Besitzstandwahrung erfolge. Das gebe nächstes Jahr eine Mehrbelastung von jährlich 5'700 Franken für die Gemeinde für alle 47 Musiklehrpersonen oder 478 Franken jeden Monat mehr, das heisse bei 47 Lehrpersonen 10 Franken mehr Lohn im Monat. Die Mehrbelastung sei bei diesen 5'700 Franken selbstverständlich aber auch bei der AHV, ALV, Pensionskasse usw. zu suchen. Dies sei selbstverständlich. Natürlich auch weil diese bei den Sozialzulagen gleichgestellt werden wie die Gemeindeangestellten. Dort gebe es auch eine Zunahme von 11'000 Franken und Dienstaltersgeschenke von 6'000 Franken im jetzigen Stand. Herr Zemp habe richtig gesagt, dass die Mehrbelastung für die Gemeinde Horw im nächsten Jahr 23'659 Franken wären. Im Monat würde das rund 2'000 Franken mehr für alle 47 Musikschullehrpersonen machen. Die finanziellen Aspekte, werden dem Einwohnerrat jeweils im Bereich des Budgets unterbreitet und gezeigt, mehr finanzielle Aspekte können somit gar nicht aufgezeigt werden. Er sei nicht der Meinung, dass dem Einwohnerrat jeweils gezeigt werden müsse, welche Abschlüsse die Lehrpersonen haben und wie diese jetzt übertragen worden seien und wie viel diese verdienen. Er könne einfach sagen, dass die Verdienste der Lehrpersonen nicht gewaltig hoch seien. Verdienen noch rund 8 Lehrpersonen 80 Franken pro Stunde. Das sei in der Stunde, Lehrpersonen können nur 29 Stunden teilen, wenn man das auf 42 Stunden herunterrechnet, 55 Franken pro Stunde. Von diesen 47 Lehrpersonen seien immerhin 28, welche ein abgeschlossenes Hochschulstudium hätten, wie das heute eigentlich von allen Lehrpersonen verlangt werde. Auch im Schulbereich, Kindergarten, Primarschule und Sekundarschule. Er müsse einfach sagen, dass der Einwohnerrat die finanzielle Steuerung jedes Jahr in den Händen habe. Man habe dies schon zwei, dreimal erlebt, dass der Einwohnerrat entschieden habe, man setze das Schulgeld nicht hoch, zum Beispiel vor zwei Jahren. Dieses Jahr man setzte das Schulgeld herauf. Wenn man sehe, dass ein zu grosser Aufwand entstehe, so könne und müsse man dies über das Budget korrigieren. Momentan seien 1/3 zu 2/3, 1/3 seien Einnahmen und die 2/3 würden durch die Gemeinde bestritten. Er denke, dass der Einwohnerrat mehr Vertrauen haben sollte, zur direkten Demokratie und dem Mechanismus zwischen den strategischen und vollziehenden Behörden. Er meine, es gebe genügend Möglichkeiten und Instrumente in der Gemeindeordnung, welche der Rat, im Bereich Motionen, Interpellationen, Postulate und im Bereich von anderen Vorstössen, anwenden könne, wenn Bericht und Anträge erarbeitet werden. Er denke, es sei ein gutes Reglement. Er denke, die Verordnung die vorgelegt wurde sei ein Entwurf, dort könne man noch gewisse Sachen abändern. Selbstverständlich werden Tipps gerne entgegengenommen, falls das notwendig wäre. Aber er meine, es wäre gut, wenn die Verordnung per 1. August 2006, wenn dies nicht gehe dann per 1. Januar 2007, auf das neue Kalenderjahr, in Kraft treten könne.

Detailberatung

Bericht und Antrag Nr. 1318. Musikschulreglement

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist erklärt, dass man für Punkt 3b den Entwurf der Kommission vom 6. März 2006 zur Hand nehmen soll. Zu 3b seien die Erklärungen abgegeben zu den jeweiligen Artikeln, welche im Entwurf enthalten seien.

Musikschulreglement der Gemeinde Horw vom: Entwurf vom 6. März 2006

Art. 3. Lehrpersonen

Silvia Simoes-Bolliger erklärt, dass Art. 3 der Artikel sei, welcher an der Fraktionssitzung stark diskutiert wurde. Wo auch ihr persönlich das Reglement zu schlank daherkomme. Es sei richtig, dass das Personalreglement der Gemeinde Horw nicht eins zu eins für die Musikschule übernommen werden könne. Man habe aber für das Personal der Gemeinde ein Personalreglement und ein Lohnreglement, in welchen relativ viele Details geregelt seien. Sie seien der Meinung, dass Minimum der Standard, welcher dort geregelt werde, auch im Musikschulreglement und nicht nur in der Verordnung stehen müsste. Wenn man die Verordnung richtig interpretiert habe, so gebe es einen massiven, sozialen Ausbau der Anstellungsbedingungen der Musikschullehrer. Die Festlegung des Reglementes sei Sache des Einwohnerrates und wie der Gemeinderat richtig gesagt habe, sei die Ausführung nachher beim Gemeinderat. Sie stelle hiermit den Antrag, dass man das Reglement ausweiten, es in die Kommission zurückgeben soll und dass die Lohnreglementssachen, welche jetzt auch in der Musikschulverordnung enthalten seien, das seien die Lohnbänder, die Einstufungen, Minimum im Reglement festhalten werden. Alle anderen Regelungen, welche für die Musikschule anwendbar und im Personalreglement enthalten seien, als Minimumstandard in das Reglement einzubauen seien.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist erklärt, der Antrag enthalte, dass das Reglement nochmals in die Kommission zurückzugeben sei.

Ruedi Meier hält fest, dass er nicht gleicher Meinung sei. Man habe die Musikschule nun so organisiert und eine Verordnung auf dieser Basis geschaffen. Das Personalreglement sei nicht 100 % anwendbar für das Reglement der Musikschullehrpersonen. Man müsste also zuerst das Personalreglement überarbeiten und dort die nötigen Anpassungen vornehmen, bevor man es überhaupt für die Musikschule verwenden könnte. Er lehne den Antrag ab.

Silvia Simoes-Bolliger erklärt, dass das Personal auch noch eine Verordnung zum Reglement habe. Das heisse, es sei auch nicht alles im Reglement geregelt. Es gebe ein paar Grundsätze, zum Beispiel Nichtbetriebsunfall. Die Lehrer müssen dort den Abzug selber übernehmen, wie es im Gesetz geregelt sei. Beispielsweise im Reglement festgehalten. Bei der Musikschule sei es aber in der Verordnung geregelt und nicht mal festgehalten, dass sie das übernehmen müssen.

Gemeindepräsident Alex Hagggenmüller weist darauf hin, dass die NBU auch die Musikschullehrer selber übernehmen müssen. Dies sei ein ganz klarer Fall, wie auch die Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung. Er habe sich rückversichert. Zweitens werde er sich gegen die Behauptung wehren, dass das ein massiver Ausbau der Sozialleistungen sei. Dies sei ein allgemeiner normaler Standard, welchen wir in unserer Gemeindeverwaltung hätten. Und die Mitarbeiter in der Verwaltung, im Heim, vom Werkhof, in den Schulhäusern, die hätten diesen Standard auch. Also dürfe man dies nicht als einen massiven Ausbau bezeichnen, er würde dies eher so bezeichnen, endlich haben die Lehrpersonen, welche uns Musikschule unterrichten, auch eine vernünftige soziale Gerechtigkeit. Was sei denn nicht gut, was in der Verordnung stehe, dass man dies in das Reglement nehmen müsste. Man habe in der Verordnung alles tiptop, von der Einreihung bis zu der fristlosen Auflösung von der Einreihung vom Lohn, von der Lohnstufenänderung, von den Dienstaltersgeschenken, von den besonderen Sozialzulagen und von der Leistung im Todesfall. Dies alles sei in der Verordnung geregelt. Der Gemeinderat habe dies auch so deklariert. Der Gemeinderat mache jetzt nicht einfach so etwas anderes, als es in der Verordnung stehe. Was sei denn nicht gut daran, dass man es jetzt in das Reglement nehmen möchte, damit sie selber bestimmen können.

Silvia Simoes-Bolliger weist darauf hin, dass es auch keinen Grund gebe, dass ein Personal so stark über ein Reglement geregelt sein müsse und im anderen Fall das Musiklehrpersonal mit einem so schlanken Reglement durchkommen soll. Im Prinzip sei es ein Grundsatz, wer lege welche Grundla-

gen für die Musikschullehrer-Anstellungen. Und es sei in ihrer Kompetenz. Das Lohnreglement habe auch der Einwohnerrat für die Angestellten der Gemeindeverwaltung geschaffen. Und eigentlich möchte man die Kompetenz, welche sie gemäss Gesetz wahrnehmen können, auch ausschöpfen können und nicht die ganze Kompetenz dem Gemeinderat übergeben. Richtigerweise mache dieser die operative Ausführung von den Reglementen, welche man erlasse. Eine Verordnung könne der Gemeinderat jederzeit ändern ohne dass man allenfalls etwas mitbekomme. Sie mache ein kleines Beispiel, welches sie vorher festgestellt habe. Sie habe die Musikschulverordnung vorher angeschaut und gesehen, dass ein Zügeltag gewährt werde. Beim letzten Mal, wo man die Verordnung für das Gemeindepersonal festgelegt habe, sei dieser nicht enthalten gewesen. Wie es vorgelegt sei, sie sei selber in der vorberatenden Kommission dabeigewesen, habe man diesen Zügeltag herausgenommen. Sie sei vorher bei Dani Hunn in der Gesetzessammlung nachschauen gegangen, und selbstverständlich sei dieser Zügeltag wieder enthalten, weil der Gemeinderat festgestellt habe, dass man etwas zuviel herausgenommen habe. Eigentlich gebe es keinen Grund diesen Zügeltag dem Personal nicht mehr zu geben, also habe man diesen stillschweigend wieder in das Reglement aufgenommen. Die Spitex Horw zum Beispiel habe sich auf diese Verordnung verlassen und habe sich gesagt, man stelle das Personal nicht besser als die Gemeinde. Man habe diesen Zügeltag im Reglement der Spitexangestellten gestrichen. Diese wissen bis heute nicht, dass es diesen Zügeltag in der Gemeinde wieder gebe. Dies sei nur ein kleines Beispiel. Von der Verantwortlichkeit her und wie man nachher erfahre, wenn sich etwas ändere.

Gemeindepräsident Alex Haggenmüller erklärt, dass das grundsätzlich so gemacht werden könne, wie es Frau Simoes soeben gesagt habe. Das sei ganz klar. Die ganze Verordnung könne als Reglement gemacht werden, wenn man dies so wolle. Aber dies sei nicht der Sinn und Zweck unserer Demokratie. Ein Rat lege strategische Grundsätze fest und der Gemeinderat sei nachher die vollziehende Behörde. Grundsätzlich könne man dies so machen, wie Frau Simoes es ausgeführt habe. Dass der Gemeinderat einfach so etwas wieder in die Verordnung aufnehme, das wäre ihm fremd, dies könne man aber regeln und er meine, dass dies nicht unbedingt die Frage des Einwohnerrates sei über diesen Zügeltag der Mitarbeitenden zu entscheiden. Der Gemeinderat müsste eigentlich die Kompetenz haben, so etwas selber zu entscheiden. Man solle doch abstimmen, ob man solche Sachen aufnehmen möchte oder ob man dies so in der Verordnung belassen möchte wie der Gemeinderat und die vorberatende Kommission, übrigens auch die Musikschulkommission und der Gemeinderat seien einstimmig hinter dem Reglement gestanden, befunden haben.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist fragt Frau Simoes an, ob sie ihren Antrag nochmals formulieren könne, damit man darüber abstimmen könne.

Silvia Simoes-Bolliger erklärt, dass sie den Antrag nicht ganz konkret mit jedem Artikel formulieren könne. Der Antrag wäre, dass im Prinzip das Personalreglement der Gemeinde und das Lohnreglement der Gemeinde, diese Bestimmungen, welche in diesen Reglementen fix geregelt seien, dass diese, welche auch für die Musikschule zutreffen, auch im Musikschulreglement und nicht in der Musikschulverordnung geregelt würde. Man würde dies als Auftrag an die Kommission zurückgeben, damit diese jeden Artikel der beiden Reglementen prüfen.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist weist darauf hin, dass man nicht bereit sei, das Reglement so entgegen zu nehmen und somit müsse man darüber abstimmen.

Abstimmung

Antrag Silvia Simoes-Bolliger, die Bestimmungen, welche im Lohnreglement und Personalreglement der Gemeinde fix geregelt sind, welche auch für die Musikschule zutreffen, im Musikschulreglement und nicht in der Musikschulverordnung geregelt werden. Das Reglement wird an die Kommission Musikschulreglement zurückgegeben mit dem Auftrag, die Abgleichung der beiden Reglemente vorzunehmen.	16 Stimmen
Antrag Silvia Simoes-Bolliger ablehnen.	10 Stimmen

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist erklärt, dass das Reglement somit in die Kommission zurückgehe.

Gegen dieses Vorhaben gibt es keine Opposition.

Art. 4 Finanzierung

Thomas Zemp erwähnt, dass er den Antrag stelle, dass der Gemeinderat einen Zusatzbericht liefere. Und zwar genau so, wie es Herr Haggenmüller vorher gesagt haben und er das Gefühl habe es sei nicht nötig. Von ihm aus gesehen sollte man eine Liste, ohne Namen, haben, auf welcher die Pensen genau aufgeführt seien, um zu wissen wie hoch eigentlich ein Durchschnittspensum sei. Man sollte auf dieser Liste sehen, in welcher dieser 4 Klassen die Leute eingeteilt seien. Man sollte darauf sehen wohin sie überführt werden sollen. So wie er entnommen habe, bestehe diese Liste bereits, habe Herr Haggenmüller vorher gesagt. Dann sehe man darauf auch, nicht nur wie viel es nächstes oder übernächstes Jahr, wenn es in Kraft sei, mehr Kosten werde, sondern man sehe darauf auch das Potential. Dies sei wieder ein Punkt, welcher in der Verordnung festgehalten sei, zum Beispiel, dass man bei normaler oder guter Leistung jährlich einen Anspruch auf Stufenerhöhung habe. Er meine, wenn er diese Zahlen vergleiche, alte Besoldungsstufe, neue Besoldungsstufe, sei doch noch ein erhebliches Potential enthalten. Er habe den Verdacht, dass man heute wahrscheinlich ziemlich am Anschlag sei und dass dies natürlich ein Potential sei, welches auf uns zukommen werde. Dies wolle er als Entscheidungsgrundlage gerne wissen. Dies sei vielleicht genau der Punkt, man könne schon sagen, für ihn habe das nicht unbedingt mit Vertrauen zu tun, es fehlen einfach Grundlagen, also wolle man offenbar nicht über Zahlen sprechen. Er frage sich warum. Selbstverständlich habe man nachher demokratische Mittel zum eingreifen, aber er dürfe die Damen und Herren daran erinnern, Abschaffung der Erbschaftssteuern, da warte man jetzt gut vier Jahre darauf und dies sei ein einfacherer Bericht und Antrag gewesen. Da warte man jetzt vier Jahre darauf, dass die Abstimmung durch sei und dass es dann nächstes Jahr vielleicht in Kraft gesetzt werde, wenn es denn an der Urne durchkomme. So gesehen sei es immer eine zweischneidige Sache mit den demokratischen Mitteln, welche man habe. Man sei an einem relativ kurzen Hebel. Auch das Budget sei ein Punkt über welchen man diskutieren könne. Aber gerade im Bereich der Bildung sei einfach das Problem, dass man mit dem Budgetprozess zeitversetzt laufe. Wenn man im 2006 über Besoldungen diskutiere, dann seien diese Leute Mitte 2005 bereits angestellt. Dann könne man nicht einfach sagen, man verändere jetzt daran etwas. Dies sei einfach das Problem im Zusammenhang mit der Bildung, weil dort ein anderer "Timeslot" ablaufe als man in der Budgetierung habe. Er möchte beliebt machen, dass man dem Antrag zustimmen solle, dass man einen Zusatzbericht erhalte. Je nachdem wie sich dies auswirke, werde sich zeigen, ob man im Bereich der Finanzen halt gewisse Anträge stellen müsse, dass es wieder eine Verknüpfung mit einem Deckungsgrad gebe oder das man ein Globalbudget definiere.

Silvia Simoes-Bolliger hält fest, dass bei unseren Systemen immer die Problematik bestehe, dass man eine operative Verantwortung habe und die Finanzverantwortung, getrennt von dieser operativen Verantwortung sei. Das betreffe nicht nur die Musikschule, das betreffe eigentlich alle Abteilungen auf der Gemeinde. Sie stelle den Antrag, dass man die Finanzierung bereits in der Kommission berate und ein Mechanismus eingebaut werde, dass man die Verantwortung für die finanziellen Aufwendungen der Musikschule auch in die Musikschule gebe. Das man entweder über einen Deckungsbeitrag diskutiere, dass man sage, die Elternbeiträge müssen mindestens 35 % oder 40 % oder wie viel auch immer sein, von den Ausgaben der gesamten Musikschule sein oder dass man Grundlagen für ein Globalbudget schaffe. Damit man im Rahmen eines Globalbudgets die Verantwortung der Musikschule geben könne. Es sei nämlich so, wenn man im Einwohnerrat diskutiere, wie hoch der Elternbeitrag sein soll, dann sei das nichts anderes als der schwarze Peter dem Einwohnerrat zuzuschieben, das es dann heisse, der Einwohnerrat habe die Elternbeiträge erhöht. Man könne hier im Rat über die Ausgaben nicht viel sagen, man habe ein Reglement, man habe Löhne, welche genehmigt wurden. Die Kosten der Musikschule müssen die Musikschule steuern und diese müsse bemüht sein, die Kosten im Griff zu halten. Dies gehe nur, wenn sie auch die Verantwortung dafür tragen, für den Prozentsatz, welche die Eltern bezahlen müssen. Generell für die ganze Führung, dass sie mit diesem Geld, welches man ihnen für die Musikschule zuweise, umgehen können müssen. Wenn die Deckungsbeiträge der Eltern nämlich plötzlich um 20 %, 30 % Prozent erhöht werden müssen, dann seien die Eltern die ersten, die ihre Kinder nicht mehr in die Musikschule schicken. Die Musikschule werde langfristig aussterben, wenn sich diese niemand mehr leisten könne oder nur noch die reichen Leute. Mit einem solchen Finanzierungsschlüssel könne man steuern, dass die operative Leitung und auch die finanzielle Verantwortung gewährleistet sei. Auch sie würde es gerne nochmals in die Kommission zurückgeben und sich diese Gedanken machen ob es eher Richtung Globalbudget oder einen Deckungsbeitrag gehe. Sicherlich wäre der Antrag von Herrn Zemp nützlich, dass die Kosten ausgewiesen seien und man wisse von was für Kosten man spreche, auch langfristig und nicht nur für das nächste Jahr.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist fragt, ob die Kommission Musikschule bereit sei, das Reglement wieder zurückzunehmen.

Ruedi Meier erklärt, dass er nicht mehr als Präsident der Kommission spreche, sondern als Einwohner Ruedi Meier. Es gebe noch eine dritte Möglichkeit. Wäre man allenfalls bereit dieser Musikschule ein Globalbudget von 900'000 Franken zu geben, auf eine fixe Schülerzahl von 731, wenn es weniger gebe, dann gebe es prozentual weniger Geld, wenn es mehr Schüler seien gebe es prozentual mehr Geld. Aber man könne dies jetzt nicht beeinflussen. Man habe über das Budget der Musikschule vor 1 ½ Jahren abgestimmt. Heute am 15. Mai 2006 laufe die Anmeldefrist für das Musikschuljahr 2006/2007 ab. Die Anstellungsverträge für das nächste Jahr müssen jetzt gemacht werden. Also sei man jetzt ziemlich spät, wenn man jetzt mit Globalbudget und anderen Sachen käme. Aber die Kommission, er rede jetzt wieder als Präsident der Kommission, sei allenfalls bereit, gewisse Sachen der Anträge zu übernehmen, aber nicht alles. Er meine, es habe alles seine Grenzen. Es habe keinen Sinn wenn man im Einwohnerrat berate, was eine Musikschullehrperson kosten dürfe. Man könne doch keinen Einfluss auf die Gehälter der Personen, die dort Schule geben, nehmen.

Gemeindepräsident Alex Haggemüller erwähnt, dass es im fern liegen würde, wenn man sage, dass man keine Zahlen unterbreite. Er glaube, dass das eine Unterstellung sei, die falsch wäre. Er probiere sämtliche Zahlen zu unterbreiten. Er habe nach der GPK-Sitzung noch ganz andere Sachen abklären müssen. Die Zahlen habe man. Wenn nicht könne man diese haben. Er habe von jedem Lehrer der jetzige Lohn, der Lohn vom nächsten Jahr, welcher er erhalten würde, er habe die Einreichungen, er habe alles zusammen. Das wurde noch nie gemacht, dass man auch in der Gemeindeverwaltung gefragt habe, wie viel dieser Mitarbeiter erhalte oder wo dieser Mitarbeiter eingestuft sei. Das seien ganz klare Regelungen, diejenigen die keine oder nur wenig Ausbildung haben, diese seien in der Klasse 6 eingereiht, die die bessere haben in der Klasse 12, diejenigen die professionell bei uns arbeiten seien in der Klasse 15 eingereiht. Das tue man selbstverständlich jedes Jahr. Mit der Praxis, welche diese im Bereich der Teuerung und im Bereich der Realloohnerhöhung haben, werde dies gesteuert, wie viel Lohnstufen angehoben werden und wie viele nicht. Dies habe man dieses Jahr auch beim Personal gemacht, das werde man nächstes Jahr beim Musikschulpersonal selbstverständlich auch machen. Selbstverständlich werde er alle Zahlen auf den Tisch legen, aber dies sei ganz neu, dass man wissen wolle, wer, wo praktisch eingereiht sei und wie viel Pensum diese haben, könne er auch sagen, dies sei überhaupt kein Problem. Aber dies ändere sich jedes Jahr. Frau Soldati, wo er den Finger gleich auf dem Blatt habe, die habe nächstes Jahr wieder ein anderes Pensum als in diesem Jahr. Selbstverständlich könne man dies jedes Jahr ausrechnen, es sei einfach ein grosser administrativer Aufwand. Er würde sagen, dass man dies mit dem Budget liefern könne. Beim nächsten Budget könnte man diesen Bericht abliefern. Dies sei seiner Meinung nach überhaupt kein Problem. Man könne auch sagen, wie viele Frauen und Männer das es seien, dies musste er nach der GPK ebenfalls noch herausziehen. 16 zu 34 sei hier das Verhältnis, also 34 Frauen, es seien noch andere Sachen gefragt worden. Es sei kein Problem und man würde dies gerne machen und zwar auf das Budget.

Jörg Stalder stellt fest, dass er doch nicht das Schlusswort habe, es sei auch nicht so wichtig. Er möchte etwas breiter an die ganze Sache herangehen. Man habe viel gehört, dass das Budget in der Gemeinde schlecht laufe, weil man defizitär arbeite. Seit zwei, drei Jahren werde dem Gemeinderat viel mehr reingelangt. Man wolle mehr Details und versuche an den Rädern zu schrauben, er wisse nicht, ob man nicht einen positiven Effekt für die Gemeinde herausfinde. Dadurch, dass jedes Reglement gekehrt und hinterfragt werde. Er sei auch genau und habe es gerne genau. Aber er wisse nicht, ob das der Weg sei, wo man hingehet. Andererseits habe er auch das Gefühl, man erwarte zu grosse Kompetenzen als Einwohnerrat. Er finde es eigentlich ein guter Weg, was uns vorliege. Es sei noch nicht Globalbudget, doch es gehe in Richtung Globalbudget. Er habe das Gefühl auf diese Art, und mit ein bisschen mehr Vertrauen, könne man eher wieder zu positiven Ergebnissen übergehen.

Silvia Simoes-Bolliger meint zur Aussage von Ruedi Meier, dass ihr Einfluss auf die Musikschule begrenzt sei, zum Glück auch, das sei richtig so. Aber die öffentlichen Finanzen seien eben auch begrenzt. In letzter Zeit höre man oft, wie viel gute Bildung koste. Es sei ein Spruch und gute Bildung die Koste, die Bildungskosten steigen von Jahr zu Jahr. Auch in der Musikschule sei dies im letzten Jahr so gewesen. Sie hätten Verantwortung für alle Belange der Gemeinde Horw, also für alle Ausgaben, welche die Gemeinde Horw tätigen müsse. Es seien nicht nur Bildungsausgaben. Sie denke es sei ein Anliegen der bürgerlichen Seite, dass man keine Steuererhöhungen machen müsse, langfristig auch. Wenn die Bildungskosten dauernd steigen, heisse dies, dass man auf der anderen Seite dauernd irgendwo einen Abbau machen müsse, damit die Ausgaben im Griff gehalten werden können. Denn das Reglement werde frühestens auf das Schuljahr 2007/2008 in Kraft treten. Also es spreche über-

hauptsächlich dagegen, dass man einen solchen Mechanismus einbaue, weil jetzt gehe es zurück an die Kommission. Die 2. Lesung könne nicht mehr vor den Sommerferien gemacht werden. Also spiele es auch keine Rolle, ob das Reglement per 1. Januar in Kraft trete, sondern es sei ideal, wenn es auf das neue Schuljahr in Kraft treten könnte. Was Kompetenz im Gemeinderat wegnehmen oder reinreden heisse, Stalder Jörg, könne man sagen, wir hier im Raum hätten Kompetenzen, man sei die gesetzgebende Behörde und der Gemeinderat sei die ausführende Behörde. Also an und für sich habe man in den letzten Jahren einfach immer mehr und mehr von unseren Kompetenzen dem Gemeinderat herübergeschauelt. Und im Moment arbeite man noch nicht mit Globalbudget, das heisse, man setze keine Ziele fest, die der Gemeinderat erreichen müsse und sage nicht unter welchen Rahmenbedingungen der Gemeinderat diese erreichen müsse. Sondern im Moment habe man Regeln. Man rede und berate auch im Budget jedes Detail. Im Moment sei ihre Aufgabe die gesetzgebende Behörde zu sein und man rede dem Gemeinderat nicht rein, man rede dem Gemeinderat auch nicht in seine Kompetenzen hinein, sondern man habe diese Kompetenzen und möchte diese gerne wahrnehmen. Weil man trage eigentlich auch die finanzielle Verantwortung für die Ausführung dieser Reglemente, welche erlassen werden.

Thomas Zemp erklärt, betreffend dem Zusatzbericht, welchen er gerne hätte. Es sei keine grundsätzliche Veränderung, welche er hiermit anstreben wolle. Es gehe heute darum, dass eine Überführung von einem bestehendem Reglement in ein neues Reglement gemacht werde. Das sei eine einmalige Sache. Das mache man jetzt und dazu möchte er gerne Daten, woraus man sehe was es jetzt heisse und was es künftig heisse. Es sei genau eine solche Liste die der Gemeindepräsident in den Händen halte. Selbstverständlich müsse man diese anonymisieren, auch aus Datenschutzgründen, aber man sehe dort wie es heute sei und wie es künftig sei und wie es künftig werden könnte. Deshalb erwarte er einen solchen Zusatzbericht. Er erwarte nicht bei jedem Budget diese Besoldung, das gehe ihn nichts an. Es sei reglementiert wie es gehe. Aber wenn man heute ein Reglement schaffe, möchte er die Konsequenzen wissen von diesem Reglement. Nicht das es plötzlich heisse, dass hätten wir beschlossen. Weil dies habe er auch schon ein paar mal gehört. Und zu Ruedi Meier, dies sei genau der Punkt, wieso sich die Kommission Gedanken machen soll. Beispielsweise über einen Mechanismus in der Finanzierung, sei dies ein Deckungsbeitrag oder wie es angetönt wurde, ein Globalbudget, welches vielleicht sogar referenziert auf die Schülerzahlen sei. Das sei genau der Punkt, weil man könne bei den Löhnen wirklich nicht reinreden. Dies sei nachher über das Reglement definiert. Dann höre man nur noch in der Rechnung es sei falsch budgetiert worden. Bei den Einnahmen könne man schrauben, aber immer im Nichtwissen was die Konsequenzen seien. Man könne beispielsweise nicht diskutieren, ob man an der Basis tiefere Beiträge machen soll oder bei den Eltern höhere usw., soll man ein Sozialmodell machen oder nicht, dies seien operative Fragen. Wenn man jetzt aber mit einem Globalbudget oder eben mit einem Mechanismus arbeite, welche eine Rückkoppelung habe, dann gebe dies ganz andere Anreize für die die es führen. Und dies dünke ihn eben wichtig, dass man der Leitung einer Musikschule gewisse Vorgaben gebe, wo man sage, dass dieser Bereich am Schluss aufgehen müsse. Er denke, gerade die Musikschule wäre ein relativ autonomer Bereich in unserer Gemeinde, wo man sich überlegen könnte mit dem Globalbudget ein Pilotversuch zu starten. Deshalb denke er, wäre es gut, wenn die Kommission Gedanken über solche Finanzierungsmodelle machen würde.

Alwin Larcher erklärt, dass er auch gerne auf der allgemeinen Ebene bleiben wolle. Der Gemeindepräsident habe wiedereinander schöne Ausdrücke präsentiert, Demokratie und Vertrauen und was den guten Dingen noch mehr seien, dies mache ihn immer ein bisschen misstrauisch. Mit solchen Ausdrücken lenke man vielfach ab von der eigentlichen Materie und führe den nichts ahnenden Einwohnerrat am Ziel vorbei. Es sei richtig, dass man in einer Demokratie lebe. Die Demokratie habe den Gemeinderat gewählt, Demokratie habe den Einwohnerrat gewählt. Und wie richtig gesagt worden sei, sei der Einwohnerrat die Legislative. Es werde festgestellt, dass in letzter Zeit die Tendenz bestehe, zur Amputation vom Einwohnerrat, somit von der Legislative. Man habe schon die Schuld aus den Händen gegeben, dies sei bereits passiert. Jetzt versuche man auch mit der Musikschule ein extra Zug zu fahren. Was sei das für ein schönes, klares, lesbares Reglement gewesen, das man gehabt und jetzt ersetzen wolle. Und was soll dann eigentlich diese Verordnung. Vielmehr Papier und wie der Gemeindepräsident richtig gesagt habe, der Gemeinderat könne dies jederzeit ändern. So oder so, dies könne er hingegen nicht beim Musikschulreglement. Da sei der Vater des Gedankens, dass man da eher freie Hand haben wolle. Es seien wesentliche Elemente auch nicht in diesem Papier enthalten. Man habe im alten Musikschulreglement zum Beispiel unter Artikel 11 Abs. 2 ein Vermerk, dass die Schulgelder und Kantonsbeiträge im Durchschnitt zweier Jahre 40 bis 45 Prozent des Personalaufwandes decken müssen. Das sei etwas konkretes, an dem man sich festhalten könne. Die Idee vom Kommissionspräsident mit einem Globalbudget sei ebenfalls prüfenswert. Man wolle aber Zahlen sehen, man wolle wissen, woran man sich halten könne und man wolle sich nicht mit allgemeinen

Bemerkungen abspesen lassen. Die lächerlichen 20'000 Franken die es mehr Kosten soll, das glaube kein Mensch,. Dies sei vielleicht auf dem heutigen Stand und vielleicht für das nächste Jahr so. Aber man werde erleben, wie enorm die Kosten im Allgemeinen in das Kraut schiessen würden. Er nehme ein Blatt der Rechnung hervor, da stehe: "Die Musikschule weist mit einem Nettoaufwand von über 923'000 Franken einen neuen höchstwert aus." Zunahme gegenüber dem Budget, 105'000 Franken und gegenüber der Rechnung vom Vorjahr 180'000 Franken. Und das würde, wenn man den Finger nicht darauf hätte, sehr wahrscheinlich so weiterlaufen. Man unterstütze den Antrag des Präsidenten der GPK.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist erklärt, dass man zwei Anträge habe. Der Antrag von Thomas Zemp einen Zusatzbericht zu erstellen. Sei die Kommission bereit dies so zurückzunehmen.

Ruedi Meier erklärt, dass die Kommission bereit sei, dies so zurückzunehmen und zu diskutieren.

Thomas Zemp weist darauf hin, dass nicht die Kommission einen Bericht und Antrag machen müsse, dies müsse der Gemeinderat machen und diesen auch unterbreiten. Er hätte gerne wenn dieser nachher allen Einwohnerräten zugestellt würde, das man da Einblick hätte. Die Kommission müsse nachher wieder Schlüsse daraus ableiten.

Gemeindepräsident Alex Haggenmüller weist darauf hin, dass das wie bereits angetönt wurde, dies überhaupt kein Problem sei, die Zahlen würden vorliegen. Dies könne alles zusammen auf den Tisch gelegt werden und die Folgen daraus abgeleitet werden. Man werde dies erarbeiten und der Kommission zur Verfügung stellen und anschliessend werde dies in der 2. Lesung allen Einwohnerräten unterbreitet. Dies sei überhaupt kein Problem die Zahlen liegen vor.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist erklärt, dass der Gemeinderat einen entsprechenden Zusatzbericht auszuarbeiten werde. Habe er dies richtig verstanden.

Gemeindepräsident Alex Haggenmüller erklärt nochmals, dass der Gemeinderat einen Bericht und Antrag vorlegen werde. Das sei ganz klar.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist weist darauf hin, dass ein weiterer Antrag von Silvia Simoes-Bolliger vorliege und zwar soll die Kommission aufnehmen, dass die finanzielle Verantwortung in der Musikschule eingebunden werden soll. Er frage die Kommission, ob diese bereit sei dies so aufzunehmen und zu bearbeiten.

Thomas Zemp erklärt, dass er noch eine Bemerkung zu Art. 4 Abs. 2: "Der Gemeinderat legt die Höhe der Schulgelder auf Grund des Voranschlags fest. Die Schulgelder für den Erwachsenenunterricht sind kostendeckend festzusetzen". Man müsse sich einfach bewusst sein, was kostendeckend heisse. Es gehe Richtung Kostenrechnung, die Musikschule werde natürlich noch mehr belastet werden mit Raummieten usw. Wenn dann ein solcher Satz im Reglement stehe, könne dies massive Konsequenzen haben, dann seien dann die Beiträge, statt wie heute, wo sie etwa dreimal so hoch sein müssen wie Normale, etwa viermal oder fünfmal so hoch. Das müsse man sich einfach bewusst sein, ob man das so wolle.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist fragt nach, ob noch Fragen zu der Verordnung bestünden. Er wolle nicht Seite für Seite durchgehen, weil dies auch nicht in ihrer Kompetenz liege.

Thomas Zemp meint, dass für ihn immer die Frage gewesen sei, ob dies auch die Kommission prüfen könne. Die bestehenden Verordnungen erweitern und durch ein paar Paragraphen, welche die Spezialitäten der Musikschullehrer regeln würden, ergänzen. Dies sei vielleicht möglich. Aber was ihn grundsätzlich interessieren würde, wie man eigentlich die Ferientage bei einer Lehrperson messe.

Gemeindepräsident Alex Haggenmüller erklärt, dass das Prinzip auch bei anderen so angewendet werde. Dies werde auch bei den Reinigungsdiensten, in dem Moment wo sie im Einsatz seien, so berechnet. Die 20 Tage seien Normal, wie auch der Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung habe dies zu gute.

Roger Jenni weist darauf hin, dass er vielleicht einen Input geben könne, wie er es aus der Privatwirtschaft kenne. Das seien nicht 20 Tage Ferien, man rechne dies mit 10.5 % Ferienanteil der geleisteten Arbeit. Das würde alles decken, entsprechend dem Pensum wo man bis anhin gearbeitet habe und man sich allenfalls überlegen wolle, ob man mit einer solchen Formulierung gut fahren könnte. Es

komme darauf an, ob mit 5 Wochen gerechnet werde, bei ihnen unterscheide man noch zwischen Leuten die unter 20 Jahre alt seien oder bei Leuten die über 60 Jahre seien. Die noch eine Woche mehr Anspruch hätten. Dies könnte man berücksichtigen und allenfalls einfließen lassen. Es wäre eine Regelung, welche ganz klar definieren würde, wie der Anspruch, im gleichen Verhältnis untereinander wäre, entsprechend der geleisteten Arbeit. Dies als Anregung vielleicht zum aufnehmen.

Thomas Zemp meint, es sei unbestritten, dass es 20 Ferientage seien. Das sei ihm schon klar. Was ihn mehr interessieren würde, er habe jetzt einfach den Eindruck, er habe das auch schon in kantonalen Reglementen gelesen, aber da sei etwas geregelt, dass das irgendwie gar nicht messbar sei. Weil eine Lehrperson sei für ihn eine Art selbständiger Mitarbeiter, der habe Vorbereitungszeit usw., aber letztlich hätten diese auch 16 oder 12 Schulwochen, welche nicht vorhanden seien, doch dies seien auch nicht einfach Ferien, sondern da seien die Lehrer am vorbereiten. Er frage sich dann beispielsweise schon, was sich denn da verändere, wenn jetzt jemand 50 Jahre alt werde und Anspruch auf 25 freie Arbeitstage habe, bereite diese Person dann einfach weniger vor oder wie machen diese das. Er frage sich letztlich, was eine solche Regelung nütze. Bisher sei er sowieso davon ausgegangen, dass Musiklehrpersonen, dass seien für ihn wie selbständigerwerbende, welche ein Pensum an diversen Musikschulen hätten. Er meine, wenn er das richtig gehört hätte, habe man bei uns auch einen Anstellungsgrad im Schnitt von 30 % oder 40 % Prozent, relativ tief. Er denke, es gebe noch den einen oder anderen Punkt in der Verordnung, wo er sich schon Frage. Sei es jetzt ein Ferientag oder sei es ein Zügeltag. Also wenn einer an einem Tag unterrichte, dann habe er genau an diesem Tag den Zügeltag.

Gemeindepräsident Alex Haggenmüller weist darauf hin, dass man solche Tipps gerne aufnehmen werde. Man habe gesagt, dass es sich bei dieser Verordnung um einen Entwurf handle. Er bedankt sich für den Tipp und sie werden diesen Punkt anschauen, wie das aussehe. Dies sei eine schwierige Formulierung gewesen, er könne sich erinnern als man dies erarbeitet habe, dass man dies schlussendlich zusammen mit den Musiklehrpersonen besprochen habe. Die hätten dann selber etwas Schwierigkeiten gehabt, wie man dies nachher Regeln könne. Aber prinzipiell haben diese 20 Tage Ferien zu gute und die andere Zeit, wo kein Unterricht erteilt werde, gehören nachher, wie dies bei den Lehrpersonen im Schuldienst auch sei, dazu, dass man sich weiterbilde. Also unterrichtsfreie Zeit durch Weiterbildung.

Konrad Durrer erklärt, dass auf der einen Ratsseite, immer viel von Effizienz, auch bei anderen Abstimmungen, die Rede sei. Er bitte auch daran zu denken, dass auch die Ratseffizienz besser wäre, wenn die Anträge und alle anderen Sachen schon in die vorberatenden Kommissionen eingebracht würden, dann hätte man hier nicht so lange über die letzten Details zu diskutieren. Genauso im Bereich, wo man am Schluss noch wissen möchte, wer wie viel Lohn habe, finde er es hier im Rat eigentlich unwürdig, dass man sich so weit runter begeben müsse. Er bitte auch hier, die Effizienz zu beachten und die vorberatenden Kommissionen diesbezüglich zu bestücken oder diesen die Informationen zu geben, dass diese wirklich eine Vorberatung machen können.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist fügt an, dass er das Votum von Konrad Durrer nur unterstützen könne. Aus allen Parteien habe es Vertreter in diesen Kommissionen. Man soll solche Informationen den Personen mitgeben, damit diese das für die 2. Lesung entsprechend vertreten können. Es seien wirklich viele Details gekommen, die nicht nötig wären.

Silvia Simoes-Bolliger erklärt, dass sie denke, dass dieser Finanzbericht, welcher der Gemeinderat noch machen sollte, auch noch relevant sei, in Art. 65 der Verordnung, Versicherung, heisse es beim BVG, dass sich alle die wollen freiwillig versichern dürfen. Die meisten Musikschullehrer seien vermutlich in einem Pensum angestellt, dass diese nicht in die obligatorische Versicherung hineinkommen. Eigentlich müsste man eine Umfrage machen und fragen, wer sich versichern lassen würde, wenn er könnte und dies aufrechnen was das für die Gemeinde kosten würde. Denn dies habe auch Folgekosten. Dies sei auch ein Punkt, welcher nicht ausgewiesen wurde in den Folgekosten des neuen Reglementes.

Gemeindepräsident Alex Haggenmüller erklärt, dass dies auch ein Punkt sei, welcher bei den Musiklehrern separat geregelt sei. Die Musiklehrer seien, weil sie an verschiedenen Musikschulen unterrichten, alle zusammen beim VMS versichert. Diese leisten ihre Pensionskassenbeiträge dort und die Gemeinde zahle den Arbeitgeberbeitrag ebenfalls an diese Versicherung. Dort habe man ganz klar festgelegt, welche Stufe man den Lehrern garantiere und dies sei eigentlich die unterste Stufe von diesem BVG, gesetzlich konformen Beitrag. Diese Kosten herauszuziehen, sei kein Problem, dies könne er bei Frau Rapold, innert einer Viertelstunde abrufen.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist weist darauf hin, dass Fragen aus der Verordnung heraus, den Vertretern der Kommission abgegeben werden sollen. Ob es Sinn mache etwas aus der Verordnung in das Reglement aufzunehmen, wenn dies ein Bedürfnis sei. Es würde zu weit gehen, wenn man die Verordnung jetzt durchgehen würde. Details sollen mit Fragen und Aufträgen den Kommissionsvertretern mitgegeben werden.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist erklärt, dass man zurück zum Bericht und Antrag gehe.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist weist darauf hin, dass der Beschlusstext in der 2. Lesung gemacht werde. Man mache nun eine Schlussabstimmung über das Reglement in der 1. Lesung.

Roger Jenni erklärt, dass er eine Verständlichkeitsfrage habe. Er habe etwas Mühe mit der Formulierung der Frage. Er wäre froh, wenn man ihn korrigieren würde, wenn er jetzt erkläre, was er verstanden habe. Sei dies so gemeint, dass in dieser Lesung, welche man jetzt hatte, zugestimmt werden solle, inklusive dieser Anträge, welche gestellt worden seien, inklusive der Zurückweisung, dass man das vorgeschlagene Geschäft so weiterbehandeln wolle.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist erklärt, dass es genau darum gehe, so wie man es jetzt beraten habe, ob man dem so zustimmen wolle. Die 1. Lesung sei noch nicht der Abschluss, man habe noch keinen Beschlusstext, es käme noch die 2. Lesung.

Roger Jenni fragt nach, was denn dann die Konsequenz daraus wäre, wenn jemand nein Stimmen würde. Gegebenenfalls es wäre die Mehrheit. Das ginge ja dann gar nicht.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist meint, dass dann allenfalls das alte Musikschulreglement gelten würde. Es sei ja lediglich der Abschluss der heutigen Beratung. Wer dem zustimmen könne, wie es jetzt beraten wurde, 1. Lesung. Das weitere Vorgehen seien diese Aufträge und all jenes, welches man jetzt beraten habe, in der 2. Lesung. Dort beschliesse man dann definitiv über das Reglement. Heute gehe nur darum abzustimmen, ob man einverstanden sei, mit dem was heute besprochen wurde. Um das gehe es, ganz einfach erklärt. Der Formhalber werde über dies abgestimmt.

Abstimmung

Das Musikschulreglement wird mit 22 : 1 Stimmen in der 1. Lesung genehmigt.

Traktandum 2 Fragestunde

Traktandum 4 B + A Nr. 1323: Bauabrechnung Sanierung Umgebung Schulhaus Spitz

Beat Imboden hält im Namen der GPK fest, dass die GPK an einer ihrer letzten Sitzungen den vorliegenden Bericht und Antrag Nr. 1323 behandelt habe nehme dazu wie folgt Stellung. Der Einwohnerrat habe gestützt auf den B + A Nr. 1184 die Sanierung der Umgebung des Schulhauses Spitz an seiner Sitzung vom 28. November 2002 ein Baukredit von 950'000 Franken zuzüglich allfälliger Teuerung bewilligt. Dies zu Lasten des Kontos 217.501.40 der Investitionsrechnung. Die Arbeiten seien vom Juli 2003 bis Dezember 2004 ausgeführt worden. Die Bauabrechnung schliesse mit einer Kostenunterschreitung von 3'087.20 ab. In der Abrechnung seien gebundene Ausgaben von 14'200 Franken, welche für die Sanierung der Kanalisations- und Meteorleitungen, welche voraussichtlich durch die Bauarbeiten A2/6 angefallen seien, aufgewendet werden mussten. Der ganze Versicherungsfall sei noch am laufen und sei noch nicht abgeschlossen. Da habe die GPK den Wunsch, dass die Verantwortlichen schauen, dass diese Gelder wieder zurückfliessen werden. Die entsprechenden Buchungsnachweise seien vorhanden und von der GPK überprüft worden. Die GPK habe dem B + A Nr. 1323 einstimmig zugestimmt und sei für Eintreten und Annahme der vorliegenden Bauabrechnung.

Reto Deschwanden erklärt im Namen der BVK, dass der Bericht und Antrag Nr. 1323 Bauabrechnung Sanierung Umgebung Schulhaus Spitz durch die BVK geprüft und vor Ort besichtigt wurde. Bei der Sanierung seien Veloständer, Parkplätze, 60 m Laufbahn mit der dazugehörigen Weitsprunggrube, Pausenplätze und Beleuchtungen, neu erstellt worden, um nur die wichtigsten Arbeiten zu nennen. Die Bau- und Verkehrskommission sei eigentlich mit dem Resultat zufrieden. Die Schäden, welche durch die A2/6 verursacht wurden, seien auch behoben worden. Dabei handle es sich um den Betrag, um welchen die Tiefbauarbeiten höher ausgefallen seien. Der Kostenvoranschlag sei gut eingehalten worden, ausser beim Honorar der Planer. Dort habe man um 15'000 Franken übertroffen. Man müsse aber auch sagen, dass unter diesem Posten die Kosten der Ingenieure, das heisse Bau- und Elektroingenieure, und die Nebenkosten verrechnet worden seien. Die Bau- und Verkehrskommission möchte allen Beteiligten grossen Dank für die vollbrachte Arbeit aussprechen und sei einstimmig für Eintreten und Annahme.

Jan Holecek erklärt im Namen der CVP-Fraktion, dass die CVP-Fraktion den Bericht und Antrag Nr. 1323 Bauabrechnung Sanierung Umgebung Schulhaus Spitz beraten habe. Die Sanierung sei mit der Neugestaltung des Schulhauszuganges, dem Veloabstellplatz und den Parkplätzen, der Sanierung der 60 m Laufbahn, Sprunggrube, Ballfänger, Spielwiese, Pausenplatz, Platz vor der Turnhalle, Hallenbad und Aussenbeleuchtung gut gelungen. Der Kostenvoranschlag sei gut berechnet worden und die Kosten konnten eingehalten werden. Bei BKP Position 920 Honorare Planer, sei zu erwähnen, dass zusätzlich ein Elektro- und Statikingenieur zugezogen werden musste, welche Mehrkosten zur Folge hatte. In der Position 920 seien weiter auch die Nebenkosten enthalten, wie zum Beispiel Planungskosten, welche normalerweise in anderen Positionen bei der BKP seien. Es sei wichtig, dass die Mängel, welche bei der Ausführung noch ausstehend seien, dass diese als Garantiarbeiten behoben werden und diese nachher nicht zu Lasten der Gemeinde zu Buche stünden. Die Sanierung sei zweckmässig und gelungen. Die CVP-Fraktion danke allen Beteiligten für die Arbeit und sei für Eintreten.

Roger Jenni erklärt im Namen der FDP-Fraktion gleich vorab, dass die FDP-Fraktion für Eintreten und Annahme des vorliegenden Bericht und Antrages sei. Es sei erfreulich, dass die Kosten entsprechend dem Voranschlag eingehalten worden seien, dies die positive Botschaft. Negativ sei, wenn man die Arbeiten vor Ort anschauen gehe und einem von Seiten der Verwaltung gesagt werde, wo man offensichtliche, auch nach SIA-Normen vorgefundenen Baumängel, vorfinde, sich erklären lassen müsse, dass dies auch andere Firmen nicht besser gemacht hätten. Man müsse dies so akzeptieren. Man möchte dringend darauf hindrängen, dass man diesen Baumängeln nachgehe, es sei nichts gravierendes dies müsse man auch betonen, aber das man dies einfach so akzeptiere, wäre wirklich nicht gut. Erstaunen tue auch, dass die Honorare, die einzigen seien, die ziemlich teurer geworden seien. Nach seinen Erfahrungen seien die Honorare immer dem angepasst, welches eigentlich auch die Ausführungssumme ausmache. Es gebe Ausnahmen, wenn es Zusatzaufträge seien. Doch hier scheine eigentlich ein Mangel beim Gemeinderat zu liegen, dass diese die Honorare unterschätzt hätten und diese nicht im Vorfeld errechnet hätten oder in die den Kostenvoranschlag einfließen liessen, weil es sei vorhersehbar gewesen, dass ein Statiker und ein Elektroplaner benötigt werde. Alles in Allem sei das Resultat zufriedenstellend, deshalb wolle man nicht an kleinen ungenügenden Sachen herumnörgeln, aber in anderen Fällen könne dies vielleicht andere Dimensionen annehmen und man bitte einfach darum, dass man früh genug den Daumen darauf habe, dass sich solche, in diesem Fall Kleinigkeiten, nicht wiederholen.

Konrad Durrer erklärt im Namen der L2O-Fraktion, dass der Bericht und Antrag Nr. 1323, welcher auf dem Bericht und Antrag Nr. 1184 mit dem Kostenvoranschlag beruhe, schlagen sie auch auf Eintreten und Genehmigung vor. Es sei ein gelungenes Projekt und der Kostenvoranschlag sei eigentlich eingehalten worden. Doch sie hätten festgestellt, dass die Honorarkosten etwas höher seien als erwartet und dass dies eine gewisse Intransparenz gehabt habe. Man möchte Anregen, gleich wie dies Herr Jenni zuvor schon erwähnte, dass die Baumängel behoben werden. Man störe sich nicht zu gross daran, dass gewisse versprochene Schattenbäume nicht erstellt worden seien, sondern dort eher Absenkungen vorzufinden seien.

Alwin Larcher erklärt im Namen der SVP-Fraktion, dass man in der GPK vor einem Jahr einen Sonderbericht über externe Vergabungen gemacht habe. Dieser sei ganz offensichtlich in das "Kraut" geschossen worden. In der vorliegenden Abrechnung habe der Sonderbericht offensichtlich noch keine Spuren hinterlassen. Man habe von verschiedenen Seiten gehört, "seien durch die Honorare höher als veranschlagt". Man habe aber Vertrauen, und dies habe uns der Gemeindepräsident bei der vorhergehenden Diskussion an das Herz gelegt. Vertrauen, dass der Gemeinderat bei zukünftigen

Projekten diesem Aspekt seine wohlwollende Beachtung schenken wolle. In diesem Sinne seien sie für Eintreten und Genehmigung.

Robert Odermatt erklärt im Namen des Rates, dass die ausgeführten Arbeiten als sinnvoll erachtet werden. Kleinere Ausführungsmängel können problemlos noch erledigt werden. Was etwas störe, wie bereits mehrmals gesagt wurde, seien die Planerhonorare, welche für seinen Begriff an der oberen Grenze seien. Insbesondere wenn man berücksichtige, dass es sich der Architekt zum Teil schon etwas einfach gemacht habe. So seien beispielsweise die Metallbauarbeiten der Velounterstände, welche immerhin 90'000 Franken ausmachen, einfach in das Baumeisterdevi eingepackt worden. So habe sich der Landschaftsarchitekt natürlich seine Koordination und Planungsarbeiten relativ einfach gemacht. Das man mit diesem Vorgehen das einheimische Gewerbe für die Arbeitsgattung zum vornherein ausgeschaltet habe, dies sei natürlich ein negativer Nebeneffekt davon. Gesamthaft gesehen sei es ein gelungenes Bauwerk und man danke allen Beteiligten für die Arbeit und man könne der Abrechnung zustimmen.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi erklärt im Namen des Gemeinderates, dass sie allen Sprechenden für die gute Aufnahme dieser Sanierung Umgebung Schulhaus Spitz danke. Man denke, dass das eine gefreute Sache gewesen sei. Sie möchte betonen, dass das noch ein Projekt sei, welches klar unter der Leitung von Robert Sigrist gelaufen sei. Sie könne also nicht ganz alle Verantwortung übernehmen, wie sie das jetzt gleich hätte müssen. Wenn man von diesen Baumängeln rede, möchte sie einfach sagen, dass das schon nicht, sie finde es übrigens sehr gut wenn man in den Kommissionen, sei es GPK oder BVK, diese hätten halt die Gelegenheit die Objekte oder die Sanierungen anzuschauen. Weil dies gebe doch immer einen Eindruck. Die Baumängel seien jetzt nicht derart gross, dass die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte erschrecken, das seien vielleicht vorstehende Steine gewesen oder Einfassungen um den Schacht herum, welche man vielleicht nochmals frisch anschauen muss, weil vielleicht schon wieder Senkungen stattgefunden haben. Wie man wisse, stehe man in Horw auf einem sehr schwierigen Grund. Das werde sicherlich alles noch behoben. Auch die Versicherungsleistungen, welche noch ausstehend seien, da sei man dabei und wolle dies gesamthaft mit der A2/6 anschauen. Die Verwaltung sei dabei und schaue, dass diese Beiträge eingehen werden. Das werde sicher aufgenommen. Bei diesen Honoraren habe man scheinbar nicht alles so vorausgesehen. Es sei für sie schwierig zu beurteilen. Man habe zusätzlich noch Statiker benötigt und das habe man im Vorfeld allenfalls wirklich nicht gesehen, weil halt manchmal der Untergrund nicht so sei, wie man ihn erwarte. Oder, dass jetzt durch die ganze A2 Sanierung eben auch das Hallenbad etwas in Betracht gezogen wurde und dadurch mussten Leute zugezogen werden. Der Gemeinderat habe natürlich auch gesehen, dass die Honorarkosten immer gut im Blickfeld behalten werden müssen und das werde in Zukunft auch so gemacht.

Detailberatung

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Die Abrechnung für die Sanierung der Umgebung Spitz mit Gesamtkosten von Fr. 966'863.80 wird mit 28 : 0 Stimmen genehmigt.

Traktandum 5

Postulat Nr. 566/2005 Robert Odermatt, SVP, und Mitunterzeichnende: Einforderung von Perimeterbeiträgen für die ausgebaute Allmendstrasse

"Mit dem Perimeter-Entscheid vom 13. Juni 2002 hat der Gemeinderat die Kostenaufteilung für das ausgebaute Teilstück Allmendstrasse erlassen. In der Folge reichten einzelne Grundstückbesitzer beim Verwaltungsgericht dagegen Beschwerde ein. Mit Urteil vom 6. Januar 2004 wurden die Beschwerden gutgeheissen und zudem der gesamte Kostenverteiler aufgehoben. Bis heute haben die betroffenen Grundeigentümer von der Gemeinde jedoch nichts mehr gehört. Bei einem korrekten Kostenverteiler hat die Gemeinde Horw bei den Grundeigentümern schätzungsweise ein Guthaben von einer halben Million Franken. Diese sind auch weitgehend bereit (und nach Strassenreglement verpflichtet), die Perimeterbeiträge zu bezahlen, sofern diese ordnungsgemäss erlassen werden. Die Verzögerung beim Erlass eines neuen Entscheides kostet die Gemeinde, bei einem angenommenen Fremdkapitalzinssatz von 2 %, jährlich rund Fr. 10'000.00.

Wir fordern den Gemeinderat deshalb auf, den Kostenverteiler auf der neuen Grundlage auszuarbeiten und bis spätestens 30. Juni 2006 einen entsprechenden Perimeterentscheid zu erlassen."

Robert Odermatt führt aus und fragt, ob es der Gemeinde Horw so gut gehe, dass sie Perimeterbeiträge nicht mehr einfordern müsse. Diese Frage von einem auswärts wohnenden Grundeigentümer, machte ihn stutzig und habe zu diesem Postulat geführt. Im Jahr 2000/2001 habe man die Horwerhalle saniert und angebaut. Gleichzeitig habe man die Allmendstrasse, vom Kreisel Bahnhof bis zur Barriere beim Titangebäude, saniert bzw. neu gebaut. Der Auslöser für den Bau dieser Strasse sei gemäss Bericht und Antrag, der Bau der Horwerhalle gewesen, man sagte, es sei dann besser erschlossen und die Parksituation könne so gelöst werden. Die Allmendstrasse sei der Klasse 2 zugeordnet, das heisse, von den Baukosten übernehme die Gemeinde 60 % und 40 % werde auf alle Anstösser, welche von der Strasse direkt erschlossen werden, aufgeteilt. Im Juni 2002 habe der Gemeinderat dann ein Perimeterentscheid erlassen. Auf diesem Entscheid sehe man, welche Grundeigentümer wie viel bezahlen müssen und wie die ganze Verteilung sei. Bei diesem Entscheid habe sich der Gemeinderat auf den Standpunkt gestellt, dass die Horwerhalle kein Beitrag bezahlen müsse, weil sie im Verwaltungsvermögen der Gemeinde enthalten sei. Obwohl der zugezogene Anwalt der Gemeinde von Anfang an sagte, dass das nicht so gehe, sei der Gemeinderat auf seinem Standpunkt geblieben und habe den Entscheid erlassen ohne die Horwerhalle miteinzubeziehen. Die Hauptbetroffenen Grundeigentümer, insbesondere in diesem Gebiet, haben diesen Entscheid so nicht akzeptieren können und haben beim Verwaltungsgericht Beschwerde gemacht. Das Verwaltungsgericht habe dann einen Augenschein genommen und habe mit Datum vom 6. Januar 2004 den Einsprechern recht gegeben. Das Gericht habe auch noch andere Mängel festgestellt und sei dann zum Schluss bzw. zum Entscheid gekommen, dass der ganze Perimeterentscheid aufgehoben werden soll. Das sich die meisten Grundeigentümer ruhig verhalten, dies sei nachzuvollziehen, solange sie keinen Entscheid erhalten, müssen diese auch nicht zahlen und können insgeheim vielleicht sogar mit einer Verjährung rechnen. Wenn man die Horwerhalle korrekt in den Entscheid miteinbeziehen würde, sei dies, geschätzt von ihm, ca. 1 halbe Million, welche eingefordert werden könne. Also der Gesamtbeitrag, welchen er erwähnt habe, diese 40 % die die Anstösser bezahlen müssen, würden 570'000 Franken ausmachen. Die Mehrfamilienhäuser an der Allmendstrasse 16, 14, 12, seien im Finanzvermögen der Gemeinde. Deshalb sei es schlussendlich vielleicht nicht mehr eine halbe Million, vielleicht noch 400'000 Franken oder vielleicht 450'000 Franken, die effektiv von den Privaten eingefordert werden können. Aber auch dieser Betrag, 400'000 Franken mit 2 ½ % verzinst, gebe immerhin noch 10'000 Franken, die jährlich bachab gehen würden und die Gefahr der Verjährung bestehe auch. Die Arbeit für einen neuen Perimeterentscheid zu erlassen, sei die gleiche Arbeit, ob man diese vor 2 Jahren gemacht habe, jetzt oder erst in einem Jahr mache. Die ungefähr 20'000 Franken, die in den letzten 2 Jahren bachab gingen, die könne man nicht mehr zurückholen. Man könne aber dafür sorgen, dass der Verlust nicht jedes Jahr grösser werde. Er hoffe, dass der Gemeinderat diese Pendezenz in der Zwischenzeit erledigt habe und man sein Postulat bald als erledigt abschreiben könne.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi erklärt, dass der Gemeinderat bereit sei, dieses Postulat entgegen zu nehmen. Es sei richtig, dass der Kostenverteiler Anfang 2004 aufgehoben worden sei und der Gemeinderat angewiesen worden sei, einen, neuen im Sinn der Erwägungen vom Gericht, zu erlassen. Das Gericht habe nicht nur gesagt, wie man es vorher gesehen habe, dass man die Grundstücke der Gemeinde trotzdem noch belasten soll, sondern eben auch der vordere Teil der Allmendstrasse, welcher mit einer Barriere unterteilt wurde, miteinbezogen werden müsste. Nachdem im April 2004 die Allmendstrasse fertiggestellt wurde, habe man mit dem neuen Kostenverteiler auf die effektiven Zahlen gehen und sich dann wirklich an diesen orientieren können. Man sei natürlich davon ausgegangen, dass die Mutationen schneller bereinigt würden. Dies sei dann aber nicht der Fall gewesen. Man habe im Dezember 2005 die endgültigen Mutationen bei uns auf der Gemeindeverwaltung gehabt. Anschliessend habe man unverzüglich den Kostenverteiler erarbeitet. Die Kosten für den Ausbau der Allmendstrasse, da habe Herr Odermatt die Zahlen ziemlich genau gesagt, seien nach Abzug der Strassenfremdenkosten ungefähr auf der Höhe von 1,4 Mio. Franken. Nach Abzug dieser 60 %, welche die Gemeinde als Gemeindebeitrag gebe, bleiben dann noch diese 570'000 Franken auf die Interessierten zu verteilen.. Dabei müsse man aber die Grundstücke der Einwohnergemeinde berücksichtigen, dies sei nicht nur die Horwerhalle, sondern die ganze Erschliessung Oberstufenschulhaus/Allmendschulhaus, diese gehe eben auch teilweise über die Allmendstrasse und werde auch einberechnet. Diese müsse man belasten. Wenn man den Kostenverteiler anschau, sei dieser ziemlich genau auf der Hälfte von dem Betrag. Das seien dann noch etwa 255'000 Franken, welche man weiterbelasten könne. Also müsste man die Berechnungen von Herrn Odermatt noch etwas herunterkorrigieren. Es seien nicht 20'000 Franken, die man quasi verschenkt habe. Es käme auch dort etwa um die Hälfte herunter. Mittlerweile wurde der Kostenverteiler den interessierten bereits zugestellt. Diese hatten nun nach dem Erhalt die Möglichkeit innert 30 Tagen wieder Einsprache zu erheben.

Man habe den Personen auch Orientierungen angeboten, dass man bei der Gemeinde vorbeikommen könne, um Fragen zu diesem Perimeter zu stellen. Anschliessend falls es Einsprachen geben werde, werde der Gemeinderat die Einspracheentscheide ausarbeiten. Anschliessend wenn weitere Beschwerden kommen würden, gelangen diese an das Verwaltungsgericht und falls das Verwaltungsgericht unseren Entscheid stützen würde, dann würde dieser rechtskräftig. Man könnte dann nur noch weiter über das Bundesgericht gehen. Also der Gemeinderat nehme dieses Postulat entgegen.

Robert Odermatt beantragt Diskussion.

Gegen dieses Ansinnen gibt es keine Opposition.

Robert Odermatt erklärt, dass er dem Gemeinderat für die Arbeit danken möchte, dass diese Pendezenz jetzt aufgearbeitet werden konnte. Wo er nicht ganz einig sei, die Erschliessungsstrassen im Zusammenhang mit der A2, welche noch eine gewisse Rolle gespielt haben mögen, die seien seit mindestens 2 ½ Jahren fertiggestellt. Aus seiner Erfahrung wisse er, dass wenn er vom Geometer eine Vermessung verlange, diese innert ein bis zwei Wochen auf dem Tisch liege. Das dieser jetzt so lange gebraucht habe und es niemand verlangt habe, so habe dieser das sicherlich auch nicht gemacht. Zusammenfassend danke er nochmal und er glaube die Arbeit sei nun gemacht und hoffe, dass dies nun reibungslos durchgeführt werden könne.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist erklärt, dass das Postulat somit überwiesen sei.

Traktandum 6

Interpellation Nr. 525/2005 Gabi Rölli, FDP, und Mitunterzeichnende: Blindenstreifen Kantonsstrasse - Gemeindehaus

"Der erste Teil der neuen Kantonsstrasse ist fertig erstellt worden - ein gelungenes Werk! Beim Ausbau der Kantonsstrasse wurden auch die Bedürfnisse der Sehbehinderten berücksichtigt. So sind entlang der Strasse Blindenstreifen erstellt worden, die von den Sehbehinderten sehr geschätzt werden. Wie mir zugetragen wurde, wäre es gut, wenn die Streifen weitergeführt würden Richtung Gemeindehaus und Post. Eine Nachfrage beim Leiter des Blindenheims Horw ergab, dass eine solche Weiterführung der Markierung sehr wünschenswert ist. Da Horw Standortgemeinde eines Blindenheims ist, sollten die bereits realisierten Blindenstreifen in diesem Sinne weiter gezogen werden. Deswegen frage ich den Gemeinderat an, ob er bereit ist, auch ev. in Absprache mit den Fachstellen, die Ergänzung des Blindenstreifens vorzunehmen."

Gabi Rölli erklärt, dass sie davon ausgehe, dass alle ihre Interpellation gelesen haben. Es gehe darum, den Blindenstreifen weiterzuführen. Sie finde einfach, dass dies einer Gemeinde, welche ein Blindenheim habe, gut anstehen würde und man auf diese Bedürfnisse noch speziell eingehen würde. Ein Teilstück wurde bereits mit den Streifen versehen, das finde sie sehr gut. Nach Rücksprache mit dem Leiter des Blindenheimes sei dies auch sehr lobenswert, dass man dies in Horw habe. Sie möchte Auskunft vom Gemeinderat, ob der Mangel erkannt sei, dass noch eine Lücke zwischen den bereits erstellten Teilstücken sei, wo einfach plötzlich nichts mehr sei und ob der allenfalls behoben werde. Dies würde die heutige Situation aus ihrer Sicht einfach noch etwas perfektionieren.

Gemeinderätin Manuela Bernasconi führt aus, wie Frau Rölli bereits erwähnt habe, habe man an der Kantonsstrasse vor allem dieses taktile Leitsystem mit Abzweiger angelegt. Dabei habe man vor allem an die Gefahren der Begegnungszone, also das PW's und Fussgänger auf gleicher Ebene laufen, gedacht. Dies könne für blinde Personen wirkliche Gefahren mitsichbringen. Deshalb habe man damals den Gemeindehausplatz nicht miteinbezogen, weil man fand, dies sei eine Fläche, welche mehr oder weniger verkehrsfrei sei. Da könne man noch besser aufeinander schauen, auch die sehenden natürlich. Als Berater habe man damals schon Toni Estermann, den Blindentrainer vom Blindenverband, wie man es bereits schon einmal gehört habe, zugezogen. Alle Massnahmen, welche getroffen wurden, seien immer vorgängig mit ihm abgesprochen worden. Weil sehbehinderte und blinde Personen auch zu Migros, Post und Gemeindeverwaltung gehen wollen, habe er diese Strecken mit den Personen trainiert. Markante, akustische und taktile Leitpunkte haben diesen Leuten geholfen, den Weg zu finden. Dies sei zum Beispiel der tunnelartige Durchgang beim Coop, welcher natürlich anders töne, wenn man laufe. Wir würden uns dies vielleicht nicht gross achten, doch sie habe sich darauf geachtet und es sei tatsächlich ein Unterschied, wenn man dort durchlaufe. Aber auch rechts, die eher niedrige Mauer mit dem Gitterzaun bis hinunter zu den Metalltreppen, dann weiter Richtung Schul-

haus, wo auf gleicher Höhe zwischen Gemeindehaus und Apotheke noch eine Verzweigung abführe. So habe er mit den Leuten trainiert. Er habe sie am Haag nach geführt und nachher zwischen Gemeindehaus und Apotheke hinauf, so kommen diese auch in die Marktgasse. Es sei also möglich, diesen Weg mit diesen bestehenden Linien, wie sie heute bestehen, zu gehen. Sicher gebe es problematische Punkte. Das Problem sei vor allem, bei den Eingängen der Geschäfte, man müsste allenfalls irgendwelche Abzweiger haben. Aber dies sei natürlich schwierig, wenn eine Linie nicht ganz durchgezogen sei. Doch scheinbar gäbe es Möglichkeiten. Herr Estermann habe diese Leute trainiert den Wänden nach zu gehen, damit sie dann auch den Eingang finden. Das sei aber, wie man es jetzt wieder unschwer feststellen könne, vor allem im Sommer schwierig, weil die Geschäfte wieder ihre Auslagen und Stände hinausstellen. Diese versperren den blinden und sehbehinderten Personen häufig den Weg. Ein einfaches Leitsystem könnte da allenfalls helfen, doch dies sei nicht ganz sicher, weil diese Auslagen vielleicht auch wieder im Weg stehen würden. Herr Estermann habe betont, dass es sehbehinderte Personen gebe, die den Weg eintrainieren und andere, die einfach auf gerate Wohl zulaufen. Dies konnte man ab und zu beobachten, vor allem am Anfang bei der Ortskerneröffnung. Dies könne natürlich Unsicherheiten auslösen. Es gebe aber immer wieder Personen, dies habe man festgestellt, welche sehr gerne die Hilfe von Passanten in Anspruch nehmen würden. Er mache aber ganz klar die Aussage, und sie denke, dass das für uns auch noch wichtig sei, dass auch ein Weg mit Leitsystem trainiert werden müsse. Man könne nicht einfach annehmen, wenn Leitlinien vorhanden seien, dass eine sehbehinderte oder blinde Person wisse, wie man laufen müsse. Auch die Leitsysteme müssen trainiert werden. Fazit sei im Moment, dass das bestehende Leitsystem in dieser Ausführung belassen werden soll. Es müsse sich jetzt bewähren. Man wolle zuerst noch Erfahrungen mit der gesamten Kantonsstrasse und den jeweiligen Abzweigern sammeln. Vielleicht prüfe man nach weiterem Austausch mit Herrn Estermann nach einiger Zeit ein einfaches Leitsystem in der Ladengasse. Dabei müsste man sicherlich dem Umstand noch Rechnung tragen, dass man natürlich Plätze habe, Markplätze, wo auch verschiedenste Veranstaltungen statt finden. Und da ein Leitsystem gut zu führen sei wahrscheinlich schwierig. Man müsste prüfen, ob es so wie er diese trainiere, allenfalls hindurch führen könnte, denn über einen Platz zu führen sei sicherlich nicht möglich, glaube sie. Man könne den sehbehinderten und blinden Personen einfach nicht ganz alle Schwierigkeiten aus dem Weg nehmen. Vielleicht noch ein anderer Hinweis. Man habe, wer dies noch nicht festgestellt habe, ein weiteres Leitsystem machen lassen und zwar rund um das Blindenheim. Das Blindenheim konnte in den letzten Tagen das 100 Jahr Jubiläum feiern. Der Gemeinderat habe sich überlegt, was man schenken könnte, man schenke solchen Institutionen meistens etwas. Es sei doch eine wichtige Institution in Horw. Nach Rücksprache mit dem Blindenheim habe man das Leitsystem rund um das Blindenheim inklusive Bushaltestelle gemacht. Dies habe rund 8'000 Franken gekostet. Dies werde sehr geschätzt, diese Rückmeldung habe man bereits erhalten. Susanne Heer sei im Stiftungsrat vom Blindenheim. Beim sehbehinderten Atelier, dies sei hinter der Allmendstrasse, dort habe man auch schon kurz nach dessen Eröffnung die Abzweiger vom Bahnhof her, damit das Atelier gefunden werde, erstellt. Auch beim Bahnhof selber habe es solche Streifen, die aber durch die SBB erstellt wurden. Dies seien auch einfache Streifen, die allenfalls im vorderen Teil ergänzt werden könnten. Dies so denke sie, seien im Moment die Ausführungen, welche sie dazu machen könne. Mit der neu eröffneten Kantonsstrasse möchte man zuerst noch Erfahrungen sammeln und dann allenfalls in einem weiteren Austausch mit Herrn Estermann, solche einfachen Leitlinien erstellen. Dieses Anliegen werde sicherlich weiter aufgenommen, dies sei bei ihnen als Pendeuz vermerkt.

Einwohnerratspräsident Heinz Sigrist erklärt, dass keine Diskussion verlangt werde.

Für getreues Protokoll

Der Einwohnerratspräsident

Der Sekretär

Der Gemeindeschreiber

Die Protokollführerin